

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

36 (12.2.1931)



# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippte Millimeterzeile kostet 12 Dinare, Belegbelegungen und Stellenanzeigen 8 Dinare. Die Reklame-Millimeterzeile kostet 10 Dinare. Bei Werbestellen nach Zahl der bei der Anzeigebearbeitung des Tagesblattes, bei geschäftlicher Beziehung und bei Resten außer Kraft tritt die Ermäßigung um 50 Prozent. Bei Resten außer Kraft tritt die Ermäßigung um 50 Prozent.

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Witz, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ober, vierteljährlich 7.20 Mark o. Durch den Postamt 11 Mark o. Einzelhefte 10 Dinare. Einzelhefte 6 mal wöchentlich am Freitag 11 Mark o. Postfach 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Weidstraße 28 o. Zentral 7020 o. Postfach 2850 Karlsruhe. Durchsch. Hauptstraße 9, B.-Baden, Telegraphenamt 12. Refrakt. Rheinstraße 7. Offenburg. Republikstraße 7.

Nummer 36

Karlsruhe, Donnerstag, den 12. Februar 1931

51. Jahrgang

## Schluss der Aussendebatte

Scharfe Auseinandersetzungen, jedoch keine Beschimpfungen, da Nazis und Deutschnationale abwesend sind  
Misstrauensanträge gegen Curtius abgelehnt

Berlin, 11. Febr. (Eig. Draht.)

Der Reichstag setzte am Mittwoch die außenpolitische Aussendebatte fort.  
Die Sitzung begann mit der Erklärung eines von den Kreisenden abgefallenen Mitgliedes der nationalen Opposition. Der Landvolkführer Abg. Döbrich setzte sich in einer kurzen aber gepfefferten Erklärung mit den Latein seiner nationalsozialistischen Gesinnungsgenossen auseinander. Er warf den Deutschnationalen vor, daß sie selbst früher Verurteilungen der Geschäftsführung entsprechend den heutigen Beschuldigungen gefügt hätten. Außerdem hätten die Nationalsozialisten in Thüringen dieselbe Geschäftsordnung mitgemacht und ausgeführt. Döbrich sagte, daß die ihm treu gebliebenen Mitglieder seiner Fraktion sachliche, nicht grundsätzliche Opposition machen wollten.

Auch der fernere Verlauf der Sitzung zeigte, daß die Flucht der Rechtsradikalen keineswegs zu einer langweiligen allgemeinen Übereinstimmung im Reichstag geführt hat. Es wurde mitunter scharf diskutiert, nur die Beschimpfungen und wüsten Unterstellungen fehlten.  
Man muß den Kommunisten schon das Kompliment machen, an diesen beiden Tagen gezeigt zu haben, wie sehr die Nationalsozialisten und Deutschnationalen an parlamentarischer Schulung und Zurückhaltung unter dem Niveau der kommunistischen Fraktion stehen. Freilich brachte ihr Redner in dieser außenpolitischen Debatte viel Unflut vor. Seine Schimpfung, daß der Reichstag von den Nationalsozialisten wie zu den Sozialdemokraten eine Einheitsfront bilde, kann doch wohl nur mit Gelächter aufgenommen werden. Besser war sein Beweis, daß die Nationalsozialisten nicht zuletzt aus Rücksicht vor einer Stellungnahme zur Außenpolitik geflohen seien. In der Tat hat ja ihre entschlossene Haltung gegenüber dem Völkerbund, haben die demütigsten Erklärungen Hitlers an französische Chauvinisten, die auch Abg. Breitscheid später ironisiert hat, und hat die Ablehnung kommunistischer Anträge gegen den Youngplan und Versailler Vertrag deutlich genug gezeigt, daß die Nationalsozialisten eine sehr schwankende Außenpolitik betreiben. Wahrscheinlich hat der Kommunist recht, wenn er sagte, die Nationalsozialisten seien sehr froh, daß sie zu den kommunistischen Anträgen gegen Krieg und Versailles nicht Farbe zu bekennen brauchen. Die Kommunisten glänzen nun in dem Stadium gegenüber den Tributen und Verklammerungen der nationalsozialistischen und leidenschaftlichsten Vertreter eines oppositionellen Nationalismus zu sein. Wenn dagegen der Kommunist behauptete, Stahlhelm und Reichsbanner seien die schwarze Reichswehr der deutschen Bourgeoisie für den Krieg gegen Rußland, so grenzt das an Trünn. Niemand von der russischen Regierung wird im Ernst an einen solchen Mann glauben. Der Kommunist sagte das nur, um die Arbeiter seiner Richtung gegen die antisozialistische Organisation des Reichsbanners aufzuputschen.

Die nationalsozialistische Opposition bekannte sich dann nach der Wirtschaftspartei Mollath, der Landvolkführer Hopp und der christlich-sozialen Abg. Simpfendorfer. Er hielt eine im ganzen sympathische Rede, indem er die Christen der Welt aufzuforderte, mit den deutschen Christen gemeinsam gegen die Kriegsschuldfrage und für eine Weltpropaganda gegen den Versailler Vertrag gemeinsame Sache zu machen. Würde auch von den Sozialdemokraten das Christentum Simpfendorfers als echt empfunden, so riefen einige unglückselige Bemerkungen des Jungdeutschen Abg. Abel wiederholt den Einspruch der Sozialdemokraten hervor. Herr Abel vertritt zwar nur sechs Abgeordnete, aber er tritt auf, als hätte er die stärkste Fraktion hinter sich. Als seine Platzherrschaft nicht die nötige Aufmerksamkeit im Hause fanden, wurde er aggressiv und drohte den Sozialdemokraten und der Mitte mit dem Kündigen der Unterstützung seiner Fraktion an die Reichsregierung. Ein bayerischer Volksparteier und der Raatsparteiliche Redner Dr. Reinhold sprachen für die Außenpolitik des Reichsministers Dr. Curtius.  
Dann nahm Abg. Dr. Breitscheid zu seiner Rede das Wort, die sowohl die Regierungsbank, wie die langen Reihen der Abgeordneten zur Aufmerksamkeit zwang. Der Kern seiner Rede war der Hinweis, daß selbst bei einem französischen Willen die Entscheidung über die Lösung der Reparationsfrage bei Nordamerika liegt. Darum sei es Unflut, Jmetracht zwischen die europäischen Völker, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich zu tragen. Eugenberger hat jüngst wahrheitswidrig behauptet, die Sozialdemokratie stünde in dunklen Beziehungen zu westlichen Weltmächten. Der Mann wurde im Auswärtigen Ausschuss gestellt. Zu feige, um sich zu verantworten, schickte er dann hinter verschlossenen Türen seinen Büchsenkammer Quack vor. Dieser erklärte großspurig, seine Fraktion werde in öffentlicher Parlamentsführung dazu Stellung nehmen. Bis jetzt aber haben der Lügner Eugenberger und seine gleichwertige Gesellschaft sich geduldet. Breitscheid sagte: Aber solche Behauptungen aufstellt, wie der Abg. Eugenberger,

macht sich einer schrankenlosen Verleumdung schuldig. Der Vorwurf, ein schrankenloser Verleuder zu sein, bleibt also so lange auf Herrn Eugenberger sitzen, als er nicht entweder seine Leugnung dementiert, oder sie zurücknimmt.  
Den Abschluß des Tages bildete eine gedämpfte nationale Rede des konservativen Abgeordneten Grafen Weizsäcker. Es folgten die Abstimmungen.  
Der Zentrumsabgeordnete Erling beantragte, über das deutschnationalen Misstrauensvotum gegen den Reichsaussenminister Curtius zur Tagesordnung überzugehen, da die Antragsteller durch Fernbleiben aus dem Hause kund-

getan hätten, daß sie an ihrem eigenen Antrag kein Interesse hätten. Das Haus stimmte dem zu. Der kommunistische und der Landvolkantrag gegen den Reichsaussenminister Curtius wurde in gemeinsamer namentlicher Abstimmung abgelehnt.  
Über die sonstigen noch vorliegenden Anträge soll morgen abgestimmt werden.  
Es ist beabsichtigt, über alle nationalsozialistischen und deutschnationalen Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung hinwegzugehen, solange diese beiden Fraktionen der Parlamentsarbeit fernbleiben.

## Reichstagsrede Breitheids

Verständigungspolitik auf dem Boden der Gleichberechtigung Deutschlands

In seiner ausgesprochenen gestrigen Reichstagsrede zur Außenpolitik führte Abg. Dr. Breitscheid (Sos.) aus:

Was Herr Abel gesagt hat, daß so wenig an positiven Vorschlägen und neuen Wegen gebracht, daß keine Veranlassung besteht, sich damit auseinanderzusetzen, (Sehr wahr bei der Mehrheit). Er hat u. a. behauptet, wie wenig nutzlos, wenn wir nur das Wort „Christentum“ hören. Wir haben ihn nur gefragt:

welches Volk nach seiner Uebersetzung das größte Volk der Welt

wäre, denn alle Nationen mit Ausnahmen der russischen stellen sich als allchristlich hin. Schließlich ist der Wagen, auf dem Herr Abel in den Reichstag gefahren wurde, wohl auch kein rein christlicher gewesen. (Heiterkeit.)

Es ist jetzt insofern große politische Mode, neue Wege zur Außenpolitik zu finden, zu suchen und zu skizzieren und da die Außenpolitik, ähnlich wie die Heilkunde zu jenen Dingen gehört, auf dem sich der größte Dilettantismus mit Vorliebe tummelt, sind der Neuen, der Reformatoren, meist sehr viele. Soll aber eine solche Ansprache fruchtbar sein, muß man leben, das man, wenn nicht über den Berg, so doch über das Ziel der auswärtigen Politik einig sein konnte.

Unser Ziel ist von jeher ein völliger Gleichberechtigung beruhendes Zusammenleben der Nationen, die verlässlich und entschlossen sind, zwischen ihnen ausbrechende Streitigkeiten nicht mit den Waffen, sondern friedlich auszutragen und die gleichzeitig die Uebersetzung durchzuführen sind, daß das Zusammenleben aus Zusammenarbeiten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet bedeutet.

Dabei ist natürlich auch für uns alle in diesem Hause eine der wichtigsten Aufgaben für Deutschland die Gleichberechtigung zu erlangen und jene Schranken zu beseitigen, die der Gleichberechtigung durch die Versailler Friedensbestimmungen gesetzt worden sind. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir den Weg der Verständigung bestritten, einen Weg, der oft eine sehr dornenpolle Straße gewesen ist. Dieser Weg führte uns von der Unterzeichnung von Versailles über die Unterzeichnung des Damesabkommens über Locarno und den Eintritt in den Völkerbund zur Annahme des Youngplans. Mit hämischer Unterhandlung haben die Gegner dieses Systems als Erfüllungspolitik bezeichnet. Wir waren immer bereit, diese Bezeichnung aufzunehmen, betont aber, daß der letzte Weggrund für diese Erfüllungspolitik war, Deutschland und dem deutschen Volke das Vorwärtskommen zu ermöglichen, und gleichzeitig die Bahn für die Erkenntnis zu eröffnen, daß die Politik der Siegermächte nicht nur Deutschland, sondern der gesamten Welt schadet, daß sie vor allem das Wirtschaftsgesetz der Welt in eine gefährliche Unordnung gebracht habe, und weiter zu bringen drabe.

Ich glaube, wir dürfen uns schmeicheln, daß diese Politik, die auf eine Verbesserung der Erkenntnis gerichtet war, gerade in der letzten Zeit einen Erfolg erzielt hat. Man braucht nur an die Diskussionen zu denken, die jetzt international über die deutschen Reparationslasten geführt werden, und mehr und mehr die Uebersetzung hervorzuheben, daß dieses

Reparationsystem eine Belastung nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die ganze Welt

bedeutet, nämlich eine gewaltige Fehlleitung des Kapitals, die gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Weltkrise sich besonders fühlbar machen muß. Jedenfalls kommen wir mit dieser Politik sehr viel weiter, als wenn man dem kommunistischen Antrag folgend, die Reichsregierung auffordern wollte, die Youngzahlungen sofort einzustellen. Jeder Vernünftige weiß, daß eine solche Zahlungseinstellung der deutschen Wirtschaft alle ausländischen Kredite sofort sperren würde. Da man auf Geld ja nicht vollständig verzichten kann, würde dann nur die Methode bleiben, die die Nationalsozialisten unter Führung des Herrn Feder vorgeschlagen. (Heiterkeit.) Ich fürchte nur, daß die Katastrophe sehr viel verhängnisvoller sein würde als das, was wir unter der Zahlung der Reparationen zu leiden haben. (Sehr wahr.)

Mit Genugtuung haben wir die Erklärung des Reichsministers begrüßt, daß die Regierung den Zeitpunkt für ein Vorgehen in der Reparationsfrage sich nicht durch irgendwelche Rücksichten auf Populärtheorien verunsichern lassen wird. Wir erwarten, daß die Regierung diesen

Zeitpunkt mit Vorlicht und Umsicht wählt und sich im Gegenakt zu Herrn Abel der Uebersetzung, daß ein der wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Intervention in der Reparationsfrage ist, daß man die Finanzwirtschaft im eigenen

Land in Ordnung gebracht hat. Ein Beweis dafür, daß wir durch unsere Außenpolitik ein besseres Verständnis für die internationalen Schwierigkeiten der Reparationsfrage aufgebracht haben, ist der

Vorschlag des Franzosen Graf D'Amboise.

Diesem Verständigungsvorschlag zur Reparationsfrage gegenüber bin ich etwas optimistischer als Dr. Kaas. Der Franzose steht weitgehend dem Zentrum näher als uns. Sein Vorschlag ist mindestens eine sehr wertvolle Diskussionsbasis — nicht mehr. Denn es passiert bei solchen Dingen nur selten, daß etwas von vornherein schon annehmbar vorgebracht wird. Ich weiß nicht, welchen Einfluß dieser Franzose und wieviele Menschen in Frankreich er hinter sich hat, aber daß für diese Idee einer Billeistung Frankreichs für Deutschland wie für jedes Wert zur Verständigung beider Völker und zur Erleichterung der deutschen Lasten mindestens die französischen Sozialisten zu haben sein werden, die das bei jeder Gelegenheit beweisen haben. Wesentlich aber ist schließlich nicht allein, was man in Frankreich tut, sondern in Wirklichkeit liegt das

bei den Vereinigten Staaten von Amerika.

(Sehr richtig.) Es ist nichts gefährlicher, als wenn unsere Nationalisten fortgesetzt Konflikte zwischen den europäischen Staaten heraufbeschwören wollen, in einem Augenblick, wo diese sich gegenüber Amerika einigen müßten nicht im feindlichen Sinne, sondern um die Vereinigten Staaten von dem für Europa Notwendigen zu überzeugen. Ich weiß nicht, woher der Abg. Abel die Ermächtigung angenommen hat, im Namen des amerikanischen Präsidenten die bestimmte Versicherung abzugeben, daß USA. auf ihren Forderungen bestehe. Ich glaube er überschätzt nicht nur seinen Einfluß, als „Nationaler Opponent“, sondern auch seine Kenntnis! (Heiterkeit.)

Die Nationalsozialisten befinden sich auch hier wieder in einer merkwürdigen Gemeinschaft mit den französischen Nationalisten,

die unter der Führung der Abg. Franklin Bouillon und Mandel einen Feldzug dagegen eröffnen, daß man französisches Geld nach Deutschland gebe, Frankreich also Deutschland helfe. Es gibt eigentlich nichts Internationaleres als den Nationalismus. Er ist für die einen der Wind in die Segel, für die anderen das Wasser auf die Mühle. (Sehr gut.)

Rollen wir zur Verständigung in Europa kommen, so muß bei der deutsch-französischen Verständigung

angefangen werden. Wir Sozialdemokraten haben das von Anfang an verlangt, selbst auf die Gefahr hin, daß wir deshalb beiderseitige Franzosenfeindschaft oder auch des Landesratters beschuldigt werden.

In der jüngsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses haben wir von Herrn Eugenberger nähere Auskunft über seine Behauptung im Sportplatz verlangt, daß nämlich wir

Sozialdemokraten dunkle Beziehungen zu gewissen westlichen Geldmächten

hätten. Eugenberger hat nicht geantwortet und nur sein Büchsenkammer Dr. Quack (Heiterkeit) hat gesagt, diese wichtige Sache werde man nicht im Auschuß, sondern hier im Plenum erörtern. Wir wundern uns nun, daß die Deutschnationalen jetzt die Gelegenheit veräumen, vor dem Volke zu erklären und uns dauernder Beziehungen zu Frankreich oder anderen westlichen Geldmächten zu überführen. Der Ankläger ist nicht erschienen. Die Angeklagten erklären, wer eine solche Behauptung aufstellt, macht sich damit einer

schrankenlosen Verleumdung

schuldig. (Lebhafter Beifall der Sozialdemokraten.) Als einen neuen Weg für die Dipolitik hat Herr v. Seedi in Vorträgen zu Minister den Austritt aus dem Völkerbund bezeichnet. Wenn Herr v. Seedi dabei acht Tage nach den Genfer Verhandlungen gesagt hat, daß der deutsche Außenminister im Völkerbund unermesslich nur Niederlagen und Fehlschläge erleben könne, so erscheint mir das nicht nur als eine politische, taktisch und strategisch sehr glückliche Wendung. Kann irgend jemand im Ernst heute annehmen, daß Deutschland außerhalb des Völkerbundes mehr erreichen würde als in ihm. Die von den Sozialdemokraten immer für notwendig erklärte deutsch-französische Verständigung ist auch in vielen Artikeln von Adolf Hitler propagiert worden zu jener Zeit, als er sich bei dem Franzosen Gustave Herz in Uebersetzung von dessen Bedeutung ausbiedern wollte. Wir wollen unsere Resolutionsaktion

nicht verquiden lassen mit der italienischen Revisionbewegung, die einen imperialistisch-nationalistischen Charakter trägt. Ich glaube, das ist weder politisch, noch taktisch klug. Wir lehnen selbstverständlich den Misstrauensantrag gegen den Außenminister ab (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)



### Ersatzwahlen für weggelaufene Nazis

Der Reichstagsrat des Reichstags beschloß am Donnerstag die durch den Auszug der Nationalsozialisten erforderlich gewordene Neuwahl des Vizepräsidenten und des zweiten Schriftführers vorzunehmen. Die in den Ausschüssen freigebliebenen Stellen der Vorsitzenden werden von den bereits vorhandenen Stellvertretern übernommen. In Frage kommt der Auswärtige Ausschuß, der Rechtsausschuß, der Ausschuß zur Überwachung der Rechte des Reichstags und der Wohnungsausschuß.

Der Reichstagsrat beschloß ferner, daß künftig die Berichterstattung aus dem Auswärtigen Ausschuß im Plenum nur auf Fälle beschränkt werden solle, in denen das Plenum dem Ausschuß bestimmte Vorschläge überweisen hat.

Von den Nationalsozialisten ist am Mittwoch nur der Abg. Seibr im Reichstagsrat erschienen. Er wird sozusagen als Verbindungsmann die Geschäfte der Fraktion weiterführen. Zu den Ausschüssen sind außer den Nationalsozialisten auch die Deutschnationalen noch nicht erschienen. Außer dem Wohnungsausschuß tagten der Strafrechts- und der Sozialpolitische Ausschuß.

### Die Deutschnationalen nach der Flucht

DNV, Berlin, 12. Febr. (Eig. Meldung.) Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, die wie gemeldet, dem Abg. Stubendorfer die Teilnahme an den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses über die Kognatunterstützungsaktion verweigert hat, im übrigen aber den Arbeiten im Reichstagsrat vorläufig fernbleiben will, wird anfangs nächster Woche die Frage unterziehen, ob eine Notwendigkeit, irgend etwas innerhalb des Reichstags zu unternehmen, besteht. Ueber die grundsätzliche Einstellung der Fraktion veröffentlicht die Mittelteilungen der deutschnationalen Volkspartei eine Erklärung, in der ausgeführt wird, die Regierung Brünning möge sehen, wie sie etwa den Wehretat oder die wirtschaftlichen Gesetze durchbringe, oder wie sie die Agitationsanstrengungen der Kommunisten, die die Sozialdemokraten mitmachen, abzuwehren gedenke. Die Fraktion werde von Fall zu Fall selbst entscheiden, welche Haltung sie dem Reichstag gegenüber einnimmt.

### Landvolk schließt Nazimililäufer aus

Berlin, 11. Febr. (Eig. Draht.) Die Fraktion des Landvolk hat die Abgeordneten Wendhausen, Sobel und Sieber, die den Auszug der Nationalsozialisten mitgemacht haben, ausgeschlossen. Der vierte Landvolkabgeordnete Haas, der daran teilgenommen hatte, hat sich unterworfen und ist in den Reichstag zurückgekehrt.

### Immer wieder Kriegsschuldfrage-Anträge

Im Reichstag haben die Abgeordneten Dauch-Hamburg (DNV) und Perltius (Zentr.) eine Entschließung zur Kriegsschuldfrage eingebracht, in der es heißt:

Deutschland fordert zur Beilegung des Artikels 231 im Versailler Vertrag die Berufung eines internationalen Ausschusses von unparteiischen Sachverständigen, der allein ein objektives Urteil über die Vorgänge abgeben kann, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt haben. Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, alle ihr möglichen Schritte zu tun um diese Forderung durchzuführen.

### Anleihe vollzogen

DNV, Berlin, 11. Febr. Wie wir von unserer unterrichteten Seite erfahren, ist die Aktion des Reichsfinanzministeriums wegen der Beschaffung der Zahlungen für Eisenbahnvorschußanleihen heute ebenfalls abgeschlossen worden.

### Naziminister Franzen verbietet Reichsbannerkundgebung

Braunschweig, 11. Febr. (Eig. Draht.) Der Naziminister Franzen hat durch das Braunschweiger Polizeipräsidium den für den 22. Februar geplanten Kundgebung des Reichsbanners und dessen Kundgebung unter freiem Himmel verboten. Dagegen wurde eine Veranstaltung der Nazi zu dem gleichen Termin erlaubt, obwohl die Veranstaltung des Reichsbanners schriftlich und sofort eingereicht worden war.

Der Vorgang zeigt in vollem Umfang die parteipolitische Einseitigkeit der nationalsozialistischen Parteibuchführung.

### Aushebung von Maschinengewehren in Neu-Ulm

Ulm, 11. Febr. Am Montagabend konnten laut Donau-Nachricht in Neu-Ulm zwei Maschinengewehre, die tabellos in einem Schuppen außerhalb der Stadt ausgehoben und der Polizei übergeben wurden. Wenn sie gehören, wird die Polizei zu ermitteln haben.

### Die Münchener Hochverratsuntersuchung

Hauptmann a. D. Richter aus der Haft entlassen

München, 11. Febr. Nach einer Meldung des bayerischen Beobachters ist der am Montag im Zusammenhang mit den Hausdurchsuchungen bei der Leitung der nationalsozialistischen SA in München unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftete Hauptmann a. D. Richter am Montagabend aus der Haft entlassen worden. Das Ermittlungsverfahren geht weiter.

### Bestrafte Schmähung der Reichsflaggen

Vor dem Stuttgarter Schwurgericht hatte sich der Redakteur Joh. Böhn des in Württemberg erscheinenden nationalsozialistischen Wochenblattes wegen Vergehens gegen das Republikshandbuchs zu verteidigen. Das Blatt hatte wenige Tage vor der Reichstagswahl einen Artikel gebracht, der sich mit den Flaggenfarben des Deutschen Reichs beschäftigte. Der Artikel war gesteuert mit Ausdrücken wie „die deutschen Berufsgauner“, „Korruptionslügen“, „die sogenannte Republik“ und schloß mit den Sätzen: „Kein vernünftiger Mensch von Charakter wird wohl von einem Frontsoldaten, der Leben und Gesundheit aufs Spiel setzt, während mit schwarz-rot-goldenen Farben aufgefördert wurde zum Landverrat, verlangen können, daß er die Farben der Salunken und Heberläufer als die seines Vaterlandes anerkennt.“

Im übrigen ist, wie uns von aufständiger Stelle mitgeteilt wird, die ganze Behauptung des Führers über den Kinobesuch des Reichsaussenministers Dr. Curtius in Lausanne aus den Fingern gezogen, indem festgestellt wurde, daß der Reichsaussenminister Curtius während der Reichstagsung des Völkerbundes Genf überhaupt nicht verlassen hat, so daß er also den vom Führer gemeldeten Kinobesuch in Lausanne gar nicht machen konnte. Wir haben also wieder eine der üblichen nationalsozialistischen Schwindelmethoden vor uns.

### Urabstimmung bei der Hütte Ruhrort-Weidrich

Duisburg, 11. Febr. Bei der heute auf der Hütte Ruhrort-Weidrich vorgenommenen Urabstimmung der Belegschaft über den Abschluß der Verwaltung stimmten von 6870 Stimmberechtigten 6594 für den Vorschlag stimmten 2127, dagegen 4400 Stimmberechtigten 67 Stimmen war ungültig. Bei den Angestellten waren im Ganzen 1027 Stimmberechtigten, wovon 998 ihre Stimme abgegeben haben. 892 stimmten für den Vorschlag, 91 dagegen. Ungültig waren 15 Stimmen.

# Sparpredigt Snowdens

## England soll auch sparen

London, 12. Febr. (Funkdienst.) Das konservative Mißtrauensvotum gegen die Regierung wurde um 11 Uhr nachts mit 310 gegen 235 Stimmen abgelehnt.

Nachdem Schatzsekretär Snowden in seiner großen Unterhausrede mit den Konservativen abgerechnet hatte, richtete er eine ernste Mahnung an die Parteien. Er sagte, die wirtschaftliche und finanzielle Lage Englands sei sehr ernst. Die Produktion sei um 20 Prozent gefallen, und dementsprechend auch die Staatseinnahme. Zur Ausbalancierung des Etats müsse eine Ausgabenbeschränkung versucht werden. Von allen Seiten müßten jedoch Opfer gefordert werden, wenn England die Krise überleben solle. Nicht eine einzelne Partei könne die Krise überleben. Die Not der Stunde erfordere die gemeinsame Anstrengung und die Kraft aller, um der schwierigen Lage des Landes Herr zu werden und um den alten Wohlstand wieder herzustellen. Parteivorteile aus dieser schweren nationalen Krise herauszuschlagen, wäre der Ruin des Landes. Die sensationelle Rede Snowdens war die Feststellung, daß die durch die Arbeitslosigkeit verursachten starken Ausgaben nicht mehr in demselben Ausmaß beigekürzt werden können.

Er wolle, fuhr Snowden fort, kein Geheimnis daraus machen, daß eine weitere heftigere Belastung der Produktionswirtschaft der Tropfen sein würde, der den Becher zum Überlaufen bringen würde. In eindringlichen Worten, die vor allem an die breiten Massen der eigenen Partei gerichtet schienen, unterstrich dann Snowden nachdrücklich noch einmal die Notwendigkeit von Opfergaben, ließ eine Andeutung einfließen, daß das Kabinett eine Verminderung der Ministergehälter beabsichtige und erbot diesen Teil seiner Rede mit der bemerkenswerten Feststellung, Pläne, die große Ausgaben bedeuteten, würden, auch wenn ihre Durchführung noch so wünschenswert sei, warten müssen, bis eine Besserung im Wirtschaftsleben eingetreten sei. Das einzige Ziel seines 40jährigen Lebens als Politiker sei es gewesen, das Los der arbeitenden Massen zu verbessern. Dieses sei auch weiterhin sein Ziel, und wenn er um zeitweilige Zurücksetzung von sozialen Forderungen, so um Opfer bitte, so wünsche es aus der Überzeugung heraus, daß dies notwendig sei, um künftige Fortschritte in dieser Beziehung nicht zu gefährden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Unterhauses erariff als Vertreter des linken Flügels der Arbeiterpartei der Abg. William Brown das Wort zu Ausführungen, die einen unerbittlichen Angriff gegen Snowden bedeuteten.

Schließlich wurde das konservative Mißtrauensvotum doch abgelehnt.

## Deutsche Außenpolitik im Zeichen Hitler-Hugenberg?

Die Meinung der Pariser Presse zur Curtius-Rede

Paris, 11. Febr. (Eig. Draht.) Der Eindruck, den die Reichstagsrede des Außenministers Curtius in Paris hervorgerufen hat, ist wenig erfreulich. Die französische Presse erkennt zwar an, daß Curtius sich in Ton und Sprache eine Mühe zu geben auferlegt habe und nichts gesagt hat, was nicht schon früher gesagt worden ist. Trotzdem aber ist der Zeitpunkt für eine generelle Offensive in der deutschen Außenpolitik für denkbar ungünstig gewesen, denn er habe die kaum wieder aufgehellte internationale Atmosphäre auf neue verdunkelt.

Der Temps nennt die Rede eine schwere Enttäuschung und er hält dem lückelosen Programm der deutschen außenpolitischen Forderungen eine nicht minder lückelose Aufstellung aller deutschen Sünden von der angeblichen Alleinschuld am Kriege bis zum schlechten Zahlungsverhalten und Revisionenverlangen entgegen. Vom Erbe Stresemanns sei unter Curtius nichts anderes übrig geblieben, fügt der Temps hinzu, als die moralische Garantie, daß Deutschland seine Forderungen nur auf friedlichem Wege durchführen wolle. Wenn aber Curtius fortfahre, wie am Dienstag, mit verbaler Schärfe die Forderungen der Hitler und Hugenberg zu ermutigen, so müßte man sich fragen, wie lange diese Garantien noch bestehen würden. Der Paris-Mitteil bezeichnet die Rede als eine Sensation, denn sie wirft hauptsächlich durch ihren bedenklichen Unterton.

Auch in parlamentarischen Kreisen zeigt man ein starkes Unbehagen. Man legt sich Neugierigkeit darüber ab, daß die Rede die Offensive der französischen Patrioten gegen die Kredithilfe aufs neue begünstigt und die Stellung Briand erschweren müsse.

Briand selbst hatte am Mittwoch eine ausführliche Unterredung mit dem deutschen Botschafter v. Hoersch. Obwohl das amtliche Communiqué wie immer als Thema der Unterhaltung nur die Besprechung schwebender Tagesfragen meldet, dürfte in Wirklichkeit die Rede des Reichsaussenministers Curtius den Gesprächsstoff geliefert haben.

# Aus aller Welt

### Ein 200 000-Mark-Gewinn gezogen

Mit einem Gewinn von 200 000 M. kam, wie das Tempo meldet, am Mittwoch in der Nachmittagsziehung das Los Nr. 33 980 heraus.

### Theaterbrand in Bordeaux

Paris, 11. Febr. Im Alhambra-Theater in Bordeaux ist heute abend ein heftiger Brand ausgebrochen, der durch die Explosion eines Seifenbolls entstanden ist. Das Feuer ist sofort auf die Bühne übergesprungen. Sämtliche Vorschübe der Fernweh wurden an die Brandstelle beordert.

### Attentat

Wien, 11. Febr. Heute hat der tschechische beachtungslos Kaufmann Jella den Legationssekretär der tschechischen Gesandtschaft Felien-Horitz angegriffen und verletzte ihn lebensgefährlich.

### Manasse Friedländer geisteskrank

DNV, Berlin, 11. Febr. Das Schwurgericht beim Landgericht in Berlin hat jetzt den Bruder der Manasse Friedländer im Wiedereröffnungsverfahren ohne Hauptverhandlung freigesprochen. Das Gericht hat auf Grund der ärztlichen Gutachten es als erwiesen erachtet, daß der damals 19-jährige den Todschlag an seinem leibhaftigen Bruder Waldemar und dessen gleichaltrigen Freund Tibor Földes in einem Zustand von Geisteskrankheit begangen hat, so daß ihm der § 51 auszubilligt werden mußte.

### Geheimrat Caro unter Anklage schwerer Urkundenfälschung

Berlin, 11. Febr. Der dritte Strafsenat des Kammergerichts Berlin hat durch Beschluß vom 5. Februar Erhebung der öffentlichen Anklage gegen den Geheimen Regierungsrat Wittem Caro wegen schwerer Urkundenfälschung, verurteilten Betrugs und Abgabe falscher eidesstattlicher Erklärungen durch Anordnung der gerichtlichen Voruntersuchung angeordnet.

### Schadenerjählage wegen der Trevisanus-Rede

DNV, Berlin, 11. Febr. Das Arbeitsgericht hatte sich heute vor-mittag mit der Klage gegen Reichsminister Trevisanus zu befassen. Der Prozeß war von einem früher in Polen beschäftigten Obermonteur namens Schmidt anhängig gemacht worden, Schmidt, der vor drei Jahren nach Polen ausgewandert war, hatte als Mon-

teur bei einer polnischen Firma Arbeit gefunden und behauptet in seiner Klage, daß er diese Stelle infolge der Rede des Reichsministers Trevisanus über die deutsch-polnische Frage verloren habe. Schmidt verlangte als Schadenersatz 10 000 M. Es kam indessen nicht zu einer Verhandlung, da das Arbeitsgericht sich für nicht zuständig erklärte und die Angelegenheit auf Antrag des Klägers an das Landgericht I verwies. Der Vorsitzende machte den Kläger auf die Ausschließbarkeit seines Vorgehens aufmerksam.

### Deutsche Rundfunkübertragung einer Ansprache des Papstes

DNV, Berlin, 11. Febr. Die deutschen Rundfunksender werden Donnerstag, nachmittags 4.30 Uhr, die Eröffnung des Senats der Stadt des Vatikans übertragen. Die Feier wird durch eine lateinische Ansprache des Papstes eröffnet. Anschließend spricht Pater Conti in italienischer Sprache.

## Die Unterschlagungen bei Frankfurter Kirchensteuer

Der Korruptionsheld deutschnationaler Stadterordneter-Vorsitzender

Frankfurt a. M., 11. Febr. Die Verurteilungen bei der heftigen Kirchensteuerkassette haben hier großes Aufsehen erregt. Das Verbrechen, das der Vorsitzende des Kirchensteuerprüfungsausschusses der Vereinigten Evangelischen Staatskirchen, Kaufmann Nagel, genötigt, nach außerordentlich groß, und man glaubte deshalb ohne weiteres seinen Angaben, wenn sich bei Revisionen Unstimmigkeiten ergaben. Nagel war auch deutschnationaler Stadterordneter und bis zur letzten Reichstagswahl Vorsitzender der deutschnationalen Fraktion. Um die Verurteilungen vollständig klarzustellen, ist eine außerordentliche Tagung der Vereinigten Evangelischen Stadtsynode für den 17. Februar anberufen worden.

Der Fall hat nicht nur seine allgemeine, sondern auch seine besondere Bedeutung, da er wieder einmal zeigt, wo die „Korruptionshelden“ sitzen.

## Freistaat Baden

### Kurze Feststellungen über Jagd auf Dumme

Der nationalsozialistische Führer setzt seinen Feldzug zur Volksverdummung fort. Es lohnt sich nicht, auf die Geschichten einzugehen, mit denen er das Volk über den Köffel halbiert. Es genügt, ein paar Punkte herauszuarbeiten, um kurz die Methode zu illustrieren, mit denen die Nationalsozialisten Jagd auf Dumme machen.

In Vollenbüchel wird da die Mär verkündet: „Curtius geht ins Kino“, woraus dann der neugierig gemachte Leser nichts anderes erfährt, als daß sich der deutsche Reichsaussenminister erlaubt hat, in Lausanne den Remarquefilm „Im Westen nichts Neues“ anzuschauen, nachdem bekanntlich in Deutschland dieser Film verboten worden ist und dazu die für Deutschland ursprünglich vorgesehene Fassung bekanntermachen eine andere war, als jene des Auslands. Soll der deutsche Reichsaussenminister nicht das Recht haben, sich einen Film anzuschauen, der in der deutschen und in der internationalen Politik eine so große Rolle spielt?

Im übrigen ist, wie uns von aufständiger Stelle mitgeteilt wird, die ganze Behauptung des Führers über den Kinobesuch des Reichsaussenministers Dr. Curtius in Lausanne aus den Fingern gezogen, indem festgestellt wurde, daß der Reichsaussenminister Curtius während der Reichstagsung des Völkerbundes Genf überhaupt nicht verlassen hat, so daß er also den vom Führer gemeldeten Kinobesuch in Lausanne gar nicht machen konnte. Wir haben also wieder eine der üblichen nationalsozialistischen Schwindelmethoden vor uns.

In einem anderen Artikel wird ein gewisser Otto Herm. Rahn, Mitinhaber des Neuworfer Bauhauses Rahn, Vogt u. Co., als „ein Exponent des deutschfeindlichen Weltjudentums“ hingenommen. Wir kennen die Persönlichkeit dieses Herrn Rahn nicht, haben auch

gar keine Urteile, uns irgendwie mit ihr zu beschäftigen und haben auch keine Meinungen, all das Zeug nachzurufen, das der Führer hierzu aufkommenbrout, um die Bedeutung dieses Mannes, von dessen Einfluß auf die amerikanische Politik bis dato noch kein Mensch etwas gehört hat, heranzuziehen. Was uns jedoch an dem langen Gelächers des Führers interessiert, sind zwei Punkte. Einmal die Tatsache, daß selbst dieser vom Führer mit Rot überlaufene Otto Hermann Rahn aus der Neuworfer Volkstret einer der Hauptspender für den Neubau der Hebelberger Universität war, in deren nationalsozialistischer Studenten als Dank dafür jetzt sich in einem handlosen Nationalismus austoben. Dagegen aber wäre an den Führer die Frage zu stellen, warum er dem unpolitischen Otto Hermann Rahn so starke Verantwortung um den Krieg schuldet, dafür jedoch niemals auch nur mit einem Wort auf den Arienscheher Mussolini eingeht, der als einer der entronnten Feinde Deutschlands im Kriege alle Mittel in Bewegung setzte, um das mit Deutschland verbündete Italien in den Krieg gegen Deutschland hineinzubekommen.

Wie uns von Lesern aus dem Lande mitgeteilt wird, verteilen die Nationalsozialisten immer noch das Heftungsblatt gegen die Sozialdemokratie, dessen Schwindelerei bereits mehrfach von uns widerlegt worden sind. Die Abkündigung der Nationalsozialisten im Reichstag zu den verschiedenen Anträgen über Gehalts- und Pensionsfragen, über Dividenden usw. haben gezeigt, wie es mit der Einstellung der Nazis in Wirklichkeit steht. Überdies, wenn man sich nur an geistig arbeitende Volksgenossen wendet, die auf jeden Reim hineinfallen, dann kann man auch auf diese Weise, wie es die Nationalsozialisten betreiben, zu keinem Resultat kommen. Im Gegensatz zu den Nationalsozialisten halten wir jedoch das deutsche Volk trotz mancher bitteren Enttäuschung auch heute noch für klug genug, zu unterscheiden, was seinem politischen Instinkt ein geordnetes Aufstiegs im Interesse des merkwürdigen Volkes.



# Landtag ändert Geschäftsordnung

## Nazis und Kozis toben

### Verbot der Amerikanerrebelle - Zugabeverbot beim Wareneinkauf Änderung der Geschäftsordnung

#### Eine nötige Maßnahme

Der badische Landtag hat mit der Annahme der beiden Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung eine Maßnahme getroffen, die sicher dazu beitragen wird, das Ansehen des Landesparlamentes im Lande bedeutend zu heben, und im Laufe selbst nur noch praktische Arbeit zu leisten. So wie bisher konnte es wirklich nicht mehr weitergehen. Keine Sitzung ohne irgend eine nationalsozialistische oder kommunistische Agitationsdebatte. Weit über die Hälfte aller Anträge und förmlichen Anfragen, die bis jetzt dem Landtag vorgelegt und zum Teil auch bereits behandelt wurden, stammen von den beiden parteiunabhängigen Parteien. Sie haben das Parlament, sind befreit, mo es nur geht, sein Ansehen zu schädigen, aber es ist ihnen gut genug, um für ungehörige Parteipropaganda zu benutzen, zu mißtrauen, zu bezweifeln. Der Antrag betrifft Fragen, die zur Zuständigkeit des Reiches, des Reichstages gehören. Zu jedem Antrag und zu jeder Anfrage wird von Nazis und Kozis eine allgemein-reichspolitische Rede gehalten. Um die aktuellen, brennenden und wichtigen Fragen der Landespolitik kümmern sich diese Leute keinen Deut. Jede Landtagsitzung wurde zu einer politischen Volks- und Parteiverammlung ausgenutzt. Es konnte so nicht mehr weitergehen, wenn das Ansehen der badischen Volksvertretung nicht vor die Hunde gehen, wenn nicht das badische Volk überhaupt jedes Interesse am Bad. Landtag verlieren sollte.

Der erste Antrag macht der ufer- und hemmungslosen Anschlag auf die parlamentarische Arbeit. Anträge und Anfragen zur Landespolitik können gestellt werden, so viele die Abgeordneten wollen. Es sind ja auch badische Volksvertreter. Aber zur Landespolitik können solche Eingänge nur registriert werden, wenn sie die Stellungnahme der badischen Regierung zu irgendwelchen Reichsangelegenheiten oder Reichsfragen betreffen. Der Antrag ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Es sind im Land selbst genug Dinge zu erledigen, Fragen zu beantworten, Sorgen in Wirtschaft und Politik vorhanden, daß man die Fragen der Reichspolitik ruhig den dazu berufenen Instanzen in Berlin überlassen kann. Allerdings, die Fragen des Landes können nur sachlich behandelt werden, auch wenn man da etwas wissen und können. Schwächen, Mängel und Mängel allein tun das nicht. Und mit dem Ansehen und Können. Der Antrag nimmt also den Köhler, Badisch-Wagner und Genossen ein Stück ihres Agitations- und Parteigeschäftes weg. Daher ihre Wut und ihr Widerstand gegen den Antrag.

Der zweite Antrag geht um die parlamentarische Sauberkeit. Der Präsident kann von sich aus Anträge, die beleidigenden Inhalt haben, oder sonst nach Form und Inhalt zur Behandlung im Landtag ungeeignet sind, zurückweisen. Auch dieser Antrag nützt nur dem Ansehen des Parlaments. Die nationalsozialistischen Mitglieder, schon in ihren Anträgen und Anfragen, Regierung und politische Gegner anzureden und zu beleidigen. Auch dieser Methode ist nun ein Stempel vorgeschrieben. Der Antrag versucht, die Herren an Landtag zu gewöhnen, sie ein bißchen politisch zu erziehen. Der Antrag dürfte auch für außerhalb des Parlaments stehende Antragsteller gelten, z. B. für die Hausbesitzer in Mannheim, die in einer in der letzten Sitzung verabschiedeten Entscheidung eine äußerst rüpelhafte Sprache führten. Solche Auslassungen mißgewordener Spießbürger gehören in den Papierkorb.

Die Annahme der Anträge erfolgte mit reichlich dreierdrittel Mehrheit. Der Landtag ist also gewillt, sich nicht länger von demagogischen Agitatoren terrorisieren zu lassen; er ist gewillt, sachliche, dem Land und Volk nützliche Arbeit zu leisten. Er selbst wird nun den besten Nutzen davon haben.

#### 21. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 11. Februar.

Zum Anruf kommen zunächst Unwichtigkeiten. Ein Antrag der Kommunisten beschäftigt sich mit dem

#### Verbot der Amerikanerrebelle

Es verlangt, die Anordnungen der Subridenrebelle aufzuheben und bei der Reichsregierung für eine Aufhebung des Verbots der Reueinfuhrung von Subriden einzustehen. Der Antragsteller, Berichterstatter Abg. Seemann, bringt eine Kammeranfrage vor. Er verlangt, die angeführten Subridenrebellen erhalten bleiben, bis genügend Ersatzstoffe vorhanden seien; außerdem möge die Regierung ausreichend Mittel zur Beschaffung der Ersatzstoffe zur Verfügung stellen und bei der Reichsregierung die Zulassung anfordern. — Abg. Bod (Komm.) begründet den Antrag mit folgenden Worten:

Minister Wittenmann verweist darauf, daß die Landesregierungen nicht selbst, sondern die Reichsregierungen unterzuordnen. Die Regierung hat sich dem Standpunkt, daß man dem kleinen Mann es ermöglichen sollte, sich seinen Hausstrunk zu bereiten. Die Reichsregierung hat aber energische Maßnahmen von uns verlangt. Die Reichsregierung drohte sogar mit der Sperrung der Mittel für die Herstellung des Rebbaus. Mit scharfen Worten kritisiert der Minister das Verhalten der Kommunisten. Die Regierung wird nicht einreden, daß man in Berlin mehr Verständnis für die badische Lage hat. — Abg. Seemann (Wirtsch. u. B. V.) begründet den Antrag, der den Anbau der Amerikanerrebelle gestattet wissen will, wenn sie nur zur Bereitung des Hausstrunks dient. — Vizepräsident Meier regt eine Kontingentierung der Rebeseit an. Es wird eine Rebeseit von 10 Minuten beschlossen.

#### Abg. Kurz (Soz.)

Die Erklärung des Ministers draußen im Lande zu veröffentlichen würde mehr erreicht werden, wie durch alle Reden im Saale.

#### Abg. Weismann (Soz.)

Er weist darauf, wie wenig Einfluss das Land Baden in dieser Angelegenheit habe. Baden ist ein Weinland. Von den 12000 Hektar Rebfläche sind nur 1900 Hektar mit Subriden angebaut. Es herrscht ein Kampf zwischen dem Edelweinebau und dem Subridenbau. Es ist unmöglich anzunehmen, daß wenigstens eine Entscheidung an die Reichsregierung gewährt wird in Höhe von 3000 M für den Subridenbau. Die Leute wollen sich ihren Hausstrunk nicht nehmen lassen. Auch wir legen auf diesen Hausstrunk großes Gewicht, wie auch auf die Frage der Entscheidung. In Baden umfakt die Rebeseit einen schweren Stand. Auch wir geben zu, daß die Entscheidung der Reichsregierung nicht viel beugt, aber andererseits ist die Stellungnahme auf den Boden des Ausschusses zu stellen. — Abg. Kühn (Zit.) regt an, den Kommunisten bettig aneinander, als er feststellt, daß

die der Ausschussführung ferngeblieben seien, als ihr Antrag zur Beratung stand. Abg. Seemann erhält zwei Ordnungsstrafe. Es müßte viel mehr Aufklärung gegeben werden. Die Leute sind mißtrauisch, sie wollen nicht recht an die Rebseits glauben.

#### Abg. Köhler (Soz.)

verweist darauf, daß es nicht nur Bauern sind, die Amerikanerrebellen anpflanzen, sondern auch sehr viele Arbeiter. Man darf aus dieser Frage keine politische Frage machen, wie es die Kommunisten tun. Mit der Erklärung des Ministers können die Bauern aufrieden sein. Weiter sei zu wünschen, daß die Genehmigung der Straußensitzung bis 15. April verlängert werden möge. — Abg. Seemann (Soz.) hält ein ähnliches Verbot der Amerikanerrebelle für nicht anständig. — Ein Antrag verlangt, den Antrag gegen den Antrag des Ausschusses und die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären. — Abg. Dr. Peers (Dem.) hält es für schwer, einen Mittelweg zu finden. Es sollte die Frage geprüft werden, ob auf dem Wege der Reichsregierung eine Änderung möglich ist. — Abg. Köhler (Soz.) tritt für den Antrag ein. — Abg. Bauer (D. V. P.) hätte es auch für richtig gehalten, wenn man es bei der Regierungserklärung belassen hätte. — Abg. Dr. Schwittknecht (D. V. P.) stimmt dem Antrag gegen zu. Nach Schlussworten des Abg. Bod und Schmidt-Breiten wird der Ausschussantrag angenommen.

#### Es folgt ein Antrag betr. Zugabeverbot beim Wareneinkauf.

Der Antrag verlangt, daß in einem zu erlassenden Reichsgesetz ein Zugabeverbot beim Wareneinkauf schleunigst erlassen wird. Berichterstatter ist Abg. Marzloff. Der Ausschuss regt an, die Regierung möge bei der gesetzlichen Regelung des Zugabewesens eine Lösung anstreben, die zur Stillung des Einzelhandels eine wirksame Befähigung geeigneter Mittel ermöglicht, andererseits aber erhebliche Schädigungen heimischer Industriezweige vermeide. — Der Antrag wird vom Abg. Graf (Zentr.) begründet, der sich sehr gegen die im Wareneinkauf üblichen Zugaben ausspricht. — Abg. Spielmann (Wirtsch. u. B. V.) begründet einen Zusatzantrag und wendet sich ebenfalls gegen das Zugabewesen. Abg. Köhler (Soz.) hält ein Verbot der Zugaben für berechtigt. — Der Antrag des Ausschusses wird angenommen mit dem Zusatzantrag, wonach eine „alsbaldige“ Lösung angestrebt werden soll.

#### Änderung der Geschäftsordnung

Die Anträge, die nun zum Anruf kommen, sind eine Notwendigkeit. Ein Antrag verlangt, der Landtag wolle in seine Geschäftsordnung folgende Bestimmung aufnehmen:

Anträge und Anfragen, die Gebiete behandeln, die nicht zur Zuständigkeit der badischen Landesregierung oder Verwaltung gehören, sollen nur dann beraten werden, wenn sie die Stellungnahme der badischen Regierung einschließen. Die Beratung solcher Eingänge oder zu einem vom Reichstag beschlossenen Gesetz oder in einem zur Beratung vom Reichstag beschlossenen Gesetz oder Reichsverordnung einseitigen Ausschuss betreffen.

Ein weiterer Antrag lautet: Die Geschäftsordnung erhält in § 31 folgende neue Ziffer 4:

„Ebenso ist der Präsident des Landtags berechtigt, Anträge an den Landtag oder Anfragen an die Regierung, die einen offensichtlich beleidigenden Charakter tragen, oder nach Inhalt oder Form zur Behandlung nicht geeignet sind, von sich aus zurückzuweisen. Gegen die Entscheidung des Präsidenten ist die Berufung an den Vertrauensmännerrat auszuüben innerhalb zweier Wochen seit Bekanntgabe der Entscheidung an die Antragsteller oder Antragsteller. Es kann jedoch seitens der Antragsteller oder der Antragsteller als auch seitens anderer Abgeordneter eingeschritten werden. Die Berufung muß in jedem Falle von mindestens drei Abgeordneten unterzeichnet sein. Die Entscheidung des Vertrauensmännerrates ist endgültig.“

Den ersten Antrag begründet Abg. Dr. Mattes. Der Redner verweist darauf, daß die Verhältnisse, wie sie sich jetzt entwickeln, nicht mehr tragbar sind, wenn nicht das Ansehen des Landtags aufrechterhalten wird. Der Redner stellt aus der Zahl der dem Hause vorgelegten Druckschriften fest, wie viele Eingänge von der Regierung kommen, wie viele, die weitestens größte Zahl, aus dem Hause selbst vorliegen und wie viele sich mit Dingen befassen, die zur Zuständigkeit des Reichstages und der Reichsregierung gehören. Es muß eine Rationalisierung unserer Arbeit eintreten. Wir haben in Deutschland Antragsproduktionszentralen! Auch das, was bis jetzt noch nicht erledigt, soll unter die neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung fallen. — Abg. Seubert (Zit.) begründet den zweiten Antrag. Wir haben uns bis jetzt meist nur mit Anträgen befaßt, die lediglich dem Agitationsbedürfnis dienen. Eine Rationalisierung ist dringend nötig. Der Antrag soll Ordnung in die parlamentarische Arbeit bringen.

Kommunisten und Nationalsozialisten verüben heftigen Widerstand. Die Redezeit auf 10 Minuten festgesetzt wird. Es gibt verschiedene Ordnungsstrafe. Die Opposition weiß, daß ihrem agitatorischen Treiben nun ein Kiegel vorgeschoben werden soll. Und deshalb ihre Wut, ein letztes Ausstoßen gegen die Sachlichkeit und den ernstlichen Willen zu gegebener Arbeit. — Abg. Bod (Komm.) meint den dazugehörigen Agitationsstellen bitterste Kritik zu strafen. — Abg. Koenig (Soz.) stimmt für die Anträge. — Frau Abg. Köhler (D. V. P.) lehnt einen Teil der Anträge ab. Abg. Köhler (Wirtsch.) bezeichnet unter stürmischer Beileitung der Nationalsozialisten als das Gesundheitsgefahr, durch das der Basillus, der am heutigen Tage frist, vernichtet werden soll. Die Rede war eine Großleistung im Schimpfen. Als der Präsident dem Redner bemerkte, daß er etwas zu weit vom Thema abgehe, wird gerufen: „Ins Dritte Reich!“ — Abg. v. Au (Wirtsch. u. Bauern.) hat Bedenken gegen den ersten Antrag. Man würde Wärtner schaffen. Dem zweiten Antrag stimmt Köhler zu. — Abg. Dr. Mattes (D. Volksp.) wundert sich, daß gerade die Vertreter der Wirtschaft gegen den ersten Antrag sind, wo es doch gerade diese Herren am schwersten empfinden müßten, hierher zu Sitzungen fahren zu müssen, in denen keine praktische Arbeit geleistet wird. Die Oppositionsparteien stellen sich heute ein großes Amnützensgenie aus. Es bleibt ihnen doch das große Gebiet der badischen Politik und Verwaltung, wo sie sich praktisch betätigen können. — Die Anträge werden mit Dreierdrittelmehrheit angenommen.

Nach 1.15 Uhr wird die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag vormittag, 12. Febr., 9 Uhr, festgesetzt.

### Nazispiel mit Landtagsauflösung abgelehnt

Einen Antrag auf Herauslösung der Stimmenzahl für ein Mandat bei den badischen Landtagswahlen, stellte, wie uns unterm 11. Februar aus dem Rechtsplegeauschuss geschrieben wird, die nationalsozialistische Fraktion des badischen Landtags. Sie verlangte, daß die erforderliche Stimmenzahl zu einem badischen Landtagsmandat von 10000 auf 20000 erhöht wird. Damit die Nationalsozialisten davon sofort den entsprechenden parlamentarischen Nutzen einheimen, soll in dem diesbezüglichen Gesetzentwurf fogleich auch die Auflösung des badischen Landtags vorgelesen sein.

Als ob das alles so einfach wäre! Mit Recht wurde im Ausschuss dem nationalsozialistischen Vertreter gesagt, daß man

derartige schlecht substantiierte Anträge ohne entsprechende Unterlagen und ohne Berufung auf die dafür vorgesehenen Paragraphen der Verfassung überhaupt nicht stellen soll. Die Nationalsozialisten üben aber befanntlich Massenfabrikation bei der Einreichung von Anträgen und so kommt es gar nicht darauf an, ob diese Anträge auch sachlich irgendwie fundiert sind.

Gewiß wird in allen Parteien die Frage erörtert, ob man die Parlamente nicht verkleinern kann. Das ist in Baden jedoch schon geschehen, bevor die Nationalsozialisten in die Parlamente kamen, aber der zahlenmäßige Erfolg bei der Reichstagswahl 1930 hat auch die Landtags-Nationalsozialisten übermäßig gemacht.

Deswegen erklärte der Rechtsplegeauschuss, daß im Augenblick kein Anlaß zur Auflösung des Landtags vorliegt, daß der Apparat eines Volksbegehrens und einer Volksabstimmung zu kompliziert wäre und verwarf deshalb mit großer Mehrheit (13 zu 4 Enthaltungen) dem nationalsozialistischen Antrag die Zustimmung. Berichterstatter war Abg. Hoffmann und den Antrag auf Verlegung der Zustimmung haben die sozialdemokratischen Vertreter des Rechtsplegeauschusses gestellt, der dann auch angenommen wurde.

### Scharfe Kritik am Verwaltungsgerichtshof

Rechtsplegeauschuss und die neuen Bestimmungen über das Uniformverbot

Aus dem Rechtsplegeauschuss des Landtags wird uns berichtet: Der Berichterstatter Abg. Hoffmann (Zentr.) sprach am Mittwoch nachmittags mit Recht von der historischen Stunde des badischen Polizeistrafrechts, als er den ausführlichen Bericht über die Novelle zum Polizeistrafgesetzbuch gab, die sich mit der Ersetzung des allgemeinen Uniformverbots in Baden durch ein Sonderverbot befaßt. Da wir das Gesetz bereits mitgeteilt haben, können wir uns mit der Wiebergabe der Verhandlungen des Ausschusses begnügen.

Es sprachen nur zwei Juristen: Der Berichterstatter und der Minister des Innern, der Staatspräsident Wittenmann. Ihre Ausführungen nahmen aber — und daran mag man die Wichtigkeit der jetzigen Änderung des Polizeistrafgesetzbuchs erkennen — über zwei Stunden in Anspruch. Der Ausschuss gelangte infolgedessen am Mittwoch abend noch nicht zu einer Entscheidung; sie soll voraussichtlich am Freitag gefaßt werden.

Beide Juristen kritisierten eingehend das bekannte Urteil des Verwaltungsgerichtshofes, welches die ministerielle Verfügung über das Uniformverbot für die Nationalsozialisten für ungültig erklärte. Der Berichterstatter Hoffmann hielt die Ermessens-Entcheidung des Verwaltungsgerichtshofes für falsch und wies dies im einzelnen nach.

Besonders scharf, wenn auch sachlich, nahm der Staatspräsident als langjähriger erfahrener Richter zu dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Stellung. Er kritisierte auch den von der sozialdemokratischen Presse schon gerügten Umstand, daß die Nationalsozialisten früher im Besitz des Urteils waren, als das zuständige Ministerium. Wittenmann erklärte, er halte, wie er dies bereits in öffentlicher Landtagsitzung getan, die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes für ein Fehlurteil. Der § 30 des Polizeistrafgesetzbuchs hätte die Verfügung des Ministeriums sehr wohl tragen können. Das Urteil bietet für einen Juristen viele Anaristisches. Den heutigen schwierigen Zeitverhältnissen sei das Urteil in keinem Falle gerecht geworden. Die Polizei müsse dem täglichen Leben gewöhnen sein. Deswegen werde in Baden eine Rechtsnorm geschaffen. Gewisse Staatsbürger wollten sich überhaupt an keine Ordnung halten.

Staatspräsident Wittenmann wandte sich dann noch energisch gegen Ausführungen des nationalsozialistischen Rechtsanwalts und Reichstagsabgeordneten Rupp in der städtischen Festhalle in Karlsruhe, wofür man den Minister Rechtsbrecher u. m. genannt habe.

In jedem Falle fand im Rechtsplegeauschuss das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes von sehr berufenen Seite die verdiente Kritik, wie sie scharfer auch noch unserer Seite nicht ausgesprochen wurde.

### Badens Reichsbauaufgaben im Reichshaushaltsauschuss

#### Festes Auftreten

Der badische Bevollmächtigte zum Reichsrat, Finanzrat Sickingen, wies im Haushaltsauschuss des Reichstags die Behauptung verstoßener Ausschussmitglieder, daß der Versuch der Uebertragung der Reichsbauaufgaben an die badischen Bezirksbauämter mißlungen sei, auf das entschiedenste zurück. Die nähere Unternehmung habe in der Regel eine Entlastung für die badischen Bezirksbauämter ergeben. Der badische Finanzminister begründete die Erklärung des Reichsfinanzministers, er wolle persönlich mit ihm über diese Fragen verhandeln. Auf jeden Fall aber werde die badische Regierung für eine Uebertragung der Reichsbauaufgaben auf die badischen Bezirksbauämter auch weiterhin eintreten, weil nach Feststellungen des badischen Finanzministers für Baden in fünfjährigen Jahren mit Mehreinnahmen von jährlich rund 20000 M und für das Reich mit Einsparungen von jährlich rund 40 bis 50000 M gerechnet werden könne.

### Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Polizei in Mannheim

Anläßlich des Eintreffens des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Vens versammelten sich in der Nacht auf Mittwoch gegen 12.30 Uhr im Hauptbahnhof Mannheim etwa 120 Angehörige der Nationalsozialistischen Partei. Als diese nach Verlassen des Bahnhofes lärmend über den Bahnhofplatz zogen, mußte die Polizei einschreiten, wobei ein Teil der Nationalsozialisten gegen die tätlich vorging. Die Polizei mußte dabei von ihren Gummiknüppeln und ihren Seitengewehren Gebrauch machen. Sechs Verletzte wurden festgenommen. Einer der Haupttäter, ein 36 Jahre alter Kaufmann (Stadiverordneter) mußte mit einer Kopfwunde in das Krankenhaus eingeliefert werden. Anammlungen der Nationalsozialisten am Bahnhofplatz und in den verschiedenen Straßen wurden zerstreut.

### Verwerfung der Revision Weiß

Wie aus Reims gemeldet wird, wurde die Revision des Redakteurs Weiß von der badischen Zeitung, der bekanntlich wegen ihrer Klatscherei gegenüber dem Minister Kemmel vom Landgericht Karlsruhe zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, vom Reichsgericht verworfen, so daß es bei der vom Karlsruher Gericht festgesetzten Strafe verbleibt.



Partei-Nachrichten

Am Sonntag, 8. Februar, hielt die Sozialdemokratische Partei im Schwannsaale einen den Verhältnissen entsprechenden gut besetzten Wahlversammlungsabend. Die große feierliche Rede wurde auf der Einmündigkeit. In seiner Begrüßung sagte der Vorsitzende, daß man nicht umsonst gerade dieses Thema gewählt habe. Es ist doch für die Arbeiterklasse von außerordentlich großer Wichtigkeit, sich mit den wichtigsten Vorgängen vertraut zu machen, da doch gerade sie es sind, die die Geschichte der Menschheit mitbestimmen und beeinflussen. — Der Referent war ebenfalls, Gen. Schwarz (Karlsruhe), befragt zunächst die Teilnehmer der großen Volksbewegung, um dann in ausführlichen Ausführungen die einzelnen Punkte zu erklären. Er zog dann einen Vergleich mit den heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und betonte die große Notwendigkeit, die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei zum Ziele gesetzt habe, zu sein. Die kapitalistische Wirtschaftsform sei nicht das Beste, was den Belangen der gesamten Menschheit gerecht zu werden vermag. Er forderte deshalb alle Anwesenden auf, aufzukommen, um dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen, was der Vorsitzende in einem Schlußworte noch besonders unterstrich. Die Versammlung schloß mit einem ruhigen Verlauf.

**Wahlversammlungen.** Sozialdem. Verein, Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal am Röhle die Monatsversammlung. Es ist Ehrenpflicht aller Genossen, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

**Gründungsversammlung.** Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Gründungsversammlung am Samstag, 14. d. M., abends 8 Uhr, die Gründungsversammlung des hiesigen Parteiverzweigs im Gasthaus „Zum Adlon“ stattfindet. Es wird um das Erscheinen aller Genossen gebeten.

Gemeindepolitik

**Bürgermeisterwahl in Staffort**  
Am Sonntag fand hier die Bürgermeisterwahl statt. Mit 287 Stimmen gegen 104 abgegebene gültigen Stimmen wurde Reichsbahnoberinspektor Karl Wilhelm Seidl gewählt. Sein Gegenkandidat, der Arbeiterführer Karl Seidel, erhielt nur 167 Stimmen.

**Wahlkreisreform.** Die Gemeindevorsteher von Welsch- und Grottenbach, Egenstein, Eichenheim, Eichenheim und Groden haben auf die Fortsetzung des Schulbezirks am Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 2 Uhr im „Lamm“ hier aufmerksam gemacht. Als Gegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

**Wahlkreisreform.** Wo bleibt die Wahlkreisreform? Wie bekannt, ist die Kreisreform ein großes Stück Welschheimer Gemeindepolitik. In dieses Projekt gefaßt. Durch die neue Kreisreform sollen etwa 40 Sektoren jenseits dieses zu liegen (weillich), welches als Lebergegenstand wird, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags beraten.

Gewerkschaftsbewegung

Gescheiterte Verständigung im Buchdruckgewerbe

Berlin, 12. Febr. (Zentralbl.). Die Verhandlungen im Buchdruckgewerbe über den Schiedspruch vom 2. Februar führten zu keinem Ergebnis. Alle Verständigungsversuche scheiterten an der Starrköpfigkeit der Unternehmer. Die Entscheidung liegt nun beim Reichsarbeitsminister.

Beilegung des Lohnkonfliktes der Einzelhandelsarbeiter

Berlin, 11. Febr. Der Lohnkonflikt der im Berliner Einzelhandel durch die Kündigung des Lohnabkommens für die Handelsarbeiter (Fahrerführer, Portiers, Koffer usw.) entstanden war, ist durch die Beilegung des Schiedspruches durch den Schlichter beigelegt. Der Schlichter hatte einen Lohnabbau von insgesamt 5% Prozent ausgeprochen, der am 1. Februar und am 31. März wirksam werden soll. Der Lohnabbau ab 1. Februar beträgt 3 Prozent, ab 1. März 2% Prozent. Die Funktionäre des Gewerkschaftsbundes haben beschloßen, durch erneute Verhandlungen dahin zu wirken, daß die zweite Etappe des Lohnabbaus nicht zur Durchführung kommt, weil der Schiedspruch für die Handelsarbeiter ungünstiger sei als der seinerzeit gefällte Spruch für die Angestellten.

Ueber „Probleme der Arbeitslosigkeit“

Inrach am Montag auf der Reichsausstellung des Gewerkschaftsrates deutscher Arbeiter- und Angestellten- und Beamtenverbände Dr. Sprun, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Er befragte es, daß sich die breite Öffentlichkeit jetzt mit den grundsätzlichen Problemen

zur Befämpfung der Arbeitslosennot beschäftigt und ging auf die Frage der systematischen Arbeitsbeschaffung näher ein.

Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, führte Sprun aus, sei vielfach kritisiert worden. Man könne ihr jedoch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie aus dem Ausland kein Kapital bekommen habe; denn nach den Angaben des Reichsbankpräsidenten habe der Ausgange der Wahlen dazu geführt, daß die monatliche durchschnittliche Auslandsemission in Amerika von 876 Millionen im September auf 8 Millionen Dollar zurückgegangen sei und daß wir im Oktober keine Auslandsanleihen gehabt hätten. Inzwischen habe sich die Gesellschaft mit Zwischenschritten geholfen. Seit Gründung der Gesellschaft seien etwa 400 Millionen Reichsmark in Fluß gekommen, deren Finanzierung rund 150 Millionen ausmache.

Zu den Subventionierungsplänen bemerkte Dr. Sprun, man könne umsofort einzelne Betriebe aus öffentlichen Mitteln unterstützen. Werde ein Werk unterstützt, so komme die ganze Industrie. Auch der Reichsfinanzminister habe nicht an eine Subventionierung von Einzelbetrieben gedacht, sondern an eine Gruppenunterstützung. Doch durch Arbeitsseinerfaltung allein die Arbeitslosigkeit behoben werden könne, glaube niemand, auch die Gewerkschaften machten sich keine Illusionen. Die Einführung eines neuen Schuljahres würde die Reichsanstalt um 125 000 Personen oder 22 Millionen Reichsmark entlasten. Damit könne man aber nicht das meiste Schuljahr finanzieren, vor allem dann nicht, wenn noch Erziehungsbefehle gegeben werden müßten. Der Gedanke der Arbeitspflicht sei völlig utopisch; auch der freiwillige Arbeitsdienst stöße, insbesondere bei der Art der Arbeit, auf erhebliche Schwierigkeiten. Beachtlich sei hier höchstens der Vorschlag von Dominikus, der die polnischen Wanderarbeiter durch den freiwilligen Arbeitsdienst ersetzen wolle. Die persönlichen und sozialen Kosten bei einem Arbeitsdienst von 100 000 Personen würden abhängig des immerwährenden Unterhaltungsbetrags der Reichsanstalt, 150 Millionen betragen. Man müsse also in dieser Frage äußerst vorsichtig zu Werke gehen und erst genaue Versuche anstellen. Präsident Sprun schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß die Angelegenheiten eines Konjunkturumschwunges nicht trügen und mit bald zu einer Festigung unserer Gesamtpolitik kommen möchten.

Aus dem Gerichtssaal

Schüsse auf den Nebenbuhler und die Geliebte

im Karlsruhe, 10. Febr. Wegen schwerer Körperverletzung stand heute der 26jährige Walter August F. aus Durlach vor dem Schöffengericht (Vorsitzender Amtsgerichtsdirektor Dr. Müller). Die ihm zur Last gelegte Tat beging er am 1. Dezember vorigen Jahres nachts um 1/2 Uhr. Er hatte ein Verhältnis mit der 20jährigen Kleidermacherin Ella Licht. Am dem fränkischen Abend war diese mit einem anderen Liebhaber, dem 24 Jahre alten Leinwand Schneider Franz Licht im „Grünen Hof“. Zur fröhlichen Zeit begaben beide sich nach Hause. Der Angeklagte, der ihr mehrmals mit Gewaltthaten bedröht hatte, wenn er sie mit einem anderen sehe, lauerte ihr in der Einfahrt auf, wo er sie zur Rede stellen und sich rächen wollte. Er trat aus dem Dunkel hervor und forderte sie auf, herauszukommen. Als sie nicht kam, gab er aus einer Entfernung von zwei bis drei Metern aus einer Pistole fünf bis sechs Schüsse ab. Während die Geliebte des Angeklagten unverletzt blieb, wurde der Nebenbuhler Franz Licht in den Hals und den Oberarm getroffen. Er wurde nach dem Krankenhaus verbracht, wo die Kugeln auf operativem Wege entfernt wurden. Er war etwa 10 Tage arbeitsunfähig. Folgen der Verletzungen sind nicht zurückgeblieben. Der Täter stellte sich selbst der Polizei. Bei seiner Vernehmung gab er an, daß er öfters Anstimmigkeiten mit der Licht gehabt habe, namentlich deshalb, weil ihre Veranlassung das Verhältnis mit ihm nicht gern sah. Vom ärztlichen Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Croissant, wurden die Voraussetzungen des § 51 für den Angeklagten ermittelt. Erster Staatsanwalt Schumann führte aus, daß der Angeklagte eine Tötungsabsicht gehabt habe, er habe jedoch vorzeitig abgehandelt. Er beantragte wegen gefährlicher Körperverletzung und unerlaubten Waffenbesitzes eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Emmerich, trat unter Würdigung der Persönlichkeit des Angeklagten und der psychologischen Seite des Falles für ein milderes Strafmaß ein. Das Gericht erkannte wegen erschwerter Körperverletzung und unerlaubten Waffenbesitzes auf eine Gesamtschuldigkeitsstrafe von sieben Monaten unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft.

Sittlichkeitsverbrechen

im Karlsruhe, 10. Febr. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verurteilte das Schöffengericht den 23jährigen Lehrer Hermann Sch. aus Bretten zu einem Jahre Gefängnis abzüglich drei Monate Untersuchungshaft. Der Angeklagte hatte sich in der Zeit von 1928 bis 1930 in mehreren Fällen an Schülern vergangen. — Wegen **Notzuchtsverbrechen** in zwei Fällen, verurteilte das Schöffengericht den 22 Jahre alten Schuhmacher Erich M. aus Sinsgen zu einem Jahre vier Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. Der Angeklagte hatte auf einer Landstraße bei Unterweilheim einem Mädchen unter 14 Jahren aufgepasst, um es zu mißbrauchen. Kurz darauf hatte er ein erwachsenes Mädchen in der gleichen Absicht an, wurde jedoch durch das Dazwischentreten von Leuten daran gehindert.

Nazihelden vor dem Schnellrichter

Aus Konstanz wird uns berichtet: Am Donnerstag, 5. Februar, fand eine öffentliche Verlesung des Reichsbanners in Konstanz statt mit **Wolfe a. D. Mayr** als Redner. In zweifelhafte sündender und losgerader Rede, die von Deutlichkeit gegen den Stahlhelm, gegen die Hitlerianer und gegen deren italienische Meisterbild nichts zu wünschen übrig ließ, entledigte sich der Redner seiner Aufgabe. Die Verlesung war überfüllt, viel Beifall wurde gegeben, doch waren auch die Gegner aus dem Lager Hitler und Stahlhelm sehr stark vertreten. Besonders die Nazis machten sich bemerkbar. Ein Saalstich von hundert Mann, erlenntlich gemacht durch Armbänder, Jorgie oder für die nötige Ordnung. Trotzdem hatten jugendliche Naziener, aus der die große Mehrzahl der geschickten Teilnehmer bestand, den sonderbaren Mut zu Demonstrationen. Die hiesige Hitlerjugend hatte sich Verfassung aus Radolfzell und Sinsgen a. D. verdrängen. Dazu gehörte auch der allerdings schon 26 Jahre alte Franz Hügle und der 22 Jahre alte **Audolf Schwarmwälder**, beide aus Radolfzell, die zum Zweck des Krachens ebenfalls hergekommen waren. Der Saalstich beförderte sie an die Luft. Dabei verlesete Hügle einem Saalordner einen Treitt in den Unterleib (er mußte, wie er zu treten hatte, daß der Ordner ohnmächtig zusammenfiel). Und der Schwarmwälder gab einem anderen Ordner mit einem harten Gegenstand einen Hieb auf den Kopf, das er blutete. Vor dem Schnellrichter hatten sie sich nun wegen erschwerter Körperverletzung zu verantworten. Hügle erhielt einen Monat, Schwarmwälder 14 Tage Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

tiger Verhaftung. Die Kosten haben sie ebenfalls zu tragen und eine Zivilklage folgt. Gelegentlich haben die Helden natürlich auch, waren aber sofort überführt.

Vier Polizeibeamte vor Gericht

Freiburg i. Br. Einen lächerlichen Ausgang nahm eine Fehderei, an der vier Angehörige der hiesigen Polizei an einem dienstfreien Tage am 7. Januar beteiligt waren. In angetrunkenem Zustand meigten sie sich, die Wirtschaft in der Weststadt, in der sie zusehen, mit dem Eintritt der Polizeistunde zu verlassen; auf der Straße wurde nachher allerlei Unbefugenes getrieben. Zwei der Beamten fielen in der Nähe des Hauptbahnhofes über einen Buchdrucker her und mißhandelten ihn schwer. Als der eine, Rottemeister **Wels**, von den Polizeibeamten am Bahnhof festgenommen wurde, verurteilte ihn sein Kollege, der Rottemeister **Dittens**, mit Gewalt wieder zu befreien. — Nach einer den ganzen Tag währenden Verhandlung verurteilte das Gericht folgendes Urteil: Rottemeister **Wels** wird zu sechs Monaten Gefängnis und zu 20 RM Geldstrafe, Rottemeister **Dittens** zu vier Monaten Gefängnis und 20 RM Geldstrafe, Rottemeister **Stein** zu 5 RM Geldstrafe und Oberwachmeister **Vernauer** zu 25 RM Geldstrafe verurteilt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Eine neue orkanartige Störung hat uns weiteres Auftriften der Westwinde und in tiefen Lagen verbreiteten Regen im Gebirge mitbringe gebracht. Eine Verringerung des nach veränderlichen und für die Jahreszeit milden Witterungscharakters steht vorerst nicht in Aussicht.

**Wetterverhältnisse für Freitag, den 13. Februar 1931:** Unbeständig mit zeitweiliger Klarheit und in der Höhe stürmischen Westwinden. Weitere Niederschläge, Temperatur wenig verändert.

Wasserstand des Rheins

Stiel 25, seht. 5; Waldshut 213, seht. 8; Schutterinsel 82; Reib 229, seht. 13; Maxau 409, seht. 12; Mannheim 302, seht. 4; Caub über 200 Zim.

Aushünfte der Redaktion

- B. 6.** Ein derartiges Sanatorium ist uns nicht bekannt.
- B. 7.** Bismarck. Emil Güntert, Metzgermeister, Löffelg. 36.
- B. 8.** Dieser Fall dürfte wohl als Betriebsunfall in Betracht kommen. Sofortige Anmeldung bei der landw. Berufsgenossenschaft, Kreisstr. 47b, ist zweckdienlich.
- B. 9.** Eichenheim. Wollen Sie uns doch mitteilen, um welchen Artikel es sich handelt, wenn er erlösen und was wegfallen wurde.
- B. 10.** Fortbildungsschulpflichtige. Wenn das Mädchen in Straßburg wohnt und arbeitet, so ist es den elterlichen bzw. fränkischen Schulgeboten unterworfen. Eine Abmeldung von der jetzigen Fortbildungsschule ist natürlich erforderlich.
- B. 11.** R. Wenn im Vertrag eine vierteljährliche Kündigung vorgesehen ist, so muß dieselbe auch eingehalten werden, es sei denn, daß beide Teile mit einer anderen Lösung einverstanden sind.
- B. 12.** U. U. Verband der Schuhmacher, Fr. Weber, Kreuzstr. 5 (Hof).
- B. 13.** Bietenheim. Das Inserat ist von einer Inseraten-Expedition in Auftrag gegeben worden. Die Firma selbst, die den Gebühren sucht, ist uns nicht bekannt.
- B. 14.** Erheben Sie Beschwerde beim Bezirksfürsorgeverband (Bezirksamt) in Karlsruhe. Es muß Ihnen Unterstützung gewährt werden.
- B. 15.** Blumenstraße. 1. Es dauert mehrere Wochen. Eine ärztliche Untersuchung ist nicht notwendig. Die Krisenunterstützung kommt in Abzug. 2. Bei Todesfall des Mannes erhält die Frau die Wertsgegenstände des Mannes nicht weiter ausbezahlt.
- B. 16.** 100. 1. Wasserrecht ist in der Miete einbezogen. 2. Ebenfalls, 3. Ja.
- B. 17.** St. Der eine Elternteil ist ohne Zustimmung des anderen Elternteils nicht berechtigt, die Religionszugehörigkeit des Kindes zu bestimmen. Die Frau dürfte also ohne Zustimmung des Mannes die Kinder nicht taufen lassen. Wenn sich eine Einigung nicht herbeiführen läßt, so kann das Vormundschaftsgericht angerufen werden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

**Sterbefälle und Beerdigungsseiten.** 10. Februar: Luise Hahnner, 62 Jahre alt, Ehefrau von Leonhard Hahnner, Oberpostkassier a. D. Beerdigung am 12. Februar, 13.30 Uhr. Franz Brückle, 56 Jahre alt, Ehemann, Metzger. Beerdigung am 13. Februar, 11 Uhr. Flora Hartmann, 40 Jahre alt, Ehefrau von Gustav Hartmann, Studentin. Beerdigung am 13. Februar, 14.30 Uhr. Ludwig Boegel, 80 Jahre alt, Witmer. Kemlenwärdter a. D. Beerdigung am 12. Februar, 12 Uhr. — 11. Februar: Valentin Bauer, 67 Jahre alt, ledig, Schreiner. Beerdigung am 13. Februar, 15 Uhr.

Traumaplast der beste Wundverband Zu haben in Apoth. u. Drog. in Packungen von 20 Pfg. an



### Arbeitszeit und Juristerei

So lautet die Überschrift eines Artikels vom 15. Januar 1931 im Organ der Südwestdeutschen Malermeistervereinigungen, der Malermeister. Die Artikel liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Im Laufe des Sommers 1930 mußten mehrere Malermeister wegen Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit durch die Gewerbeaufsichtsbehörde zur Anzeige gebracht werden. Gegen den ihnen zugesetzten Strafbefehl hatten die Herren gerichtlichen Entschieden beantragt. Der Staatsanwalt sowie der Einzelrichter hatten die Not der Zeit erkannt und befähigten mit Recht die Strafbefehle, die teilweise sehr gelinde waren. Einzelne dieser Herren Malermeister fühlten sich aber gekränkt, daß ihnen der Richter das Privileg zur Ausbeutung der Lehrlinge nicht gegeben hatte; sie legten Verurteilung bei der Strafkammer ein. Man beginnt die „Juristerei“. Die Malermeistervereinigungen tat ihr Bestes, wie sie selbst in dem Artikel mit Nachdruck betont, sie hat aus allen Ecken und Winkeln Material zusammengetragen und einen ihrer besten Rechtsanwältinnen mit der Vertretung beauftragt, um aus der Arbeitszeitordnung eine „juristische Tüftelei“ zu machen. In der Arbeitszeitverordnung steht nämlich, daß jugendliche Arbeiter unter 16 Jahre 30 Tage im Jahr täglich zwei Stunden mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt werden können. Dies hat der schlaue Rechtsanwalt herausgefunden, und wirklich hat er ein Gericht gefunden, das sich aus folgenden Herren zusammensetzte: Landgerichtsdirektor Höhringer als Vorsitzender, Julius Schmalz, Major a. D. aus Oberbeuern, und Andr. Gerlinger, Fabrikarbeiter aus Weidenbach, als Schöffen. Das Gericht hatte die Not der Zeit erkannt oder vielmehr die Not der Malermeister, und sprach die Herren Malermeister W. G., K. A. A. und S. A. B. am 28. November von der Anklage wegen Arbeitszeitüberschreitung frei, obwohl der Malermeister W. G. bei der Verhandlung selbst zugab, daß seine Lehrlinge abends 1 1/2 bis 2 Stunden über die allgemeine Arbeitszeit hinaus im Geschäft bleiben mußten, um ansehnlich Materialien zurechtzumachen. Man rühmt sich die Malermeistervereinigungen, welche Sedentat sie hier vollbracht habe, daß sie von der „Juristerei“ ein Geld dazu unverständliches Urteil machen ließ.

Wie sieht es nun in Wirklichkeit mit der Arbeitszeit im Malerberuf aus. Die Spaten weisen es von den Dächern, daß in keinem Beruf solch eine Verhöhnung der Arbeitszeitüberschreitung getrieben werden, wie im Malergewerbe. Dies wird selbst in dem erwähnten Artikel von der Malermeistervereinigungen zugegeben. Aber aus Egotismen Gründen kann man auch anders. Es ist geradezu ein Verbrechen am Gewerbe und an der Menschheit, wenn dieses Urteil auch noch in dieser Weise, wie es in dem Artikel geschieht, beschönigt wird. Die Schwere des Urteils ist erst zu verstehen, wenn man sich einmal in dem Malergewerbe umsieht und feststellt, wo eigentlich diese jungen Menschen zu Hause sind, denen man zumutet, täglich zwei Stunden länger zu arbeiten. Zu 80 Prozent kommen sie aus entlegenen Gemeinden, müssen, um morgens um 7 Uhr an der Arbeitsstelle zu sein, um 4 Uhr aufstehen, ein bis zwei Stunden mit der Bahn fahren, dann von morgens 7 Uhr und, nach dem Urteil, bis abends 7 Uhr arbeiten, dann dieselbe Bahnfahrt zurück und sind dann glücklich wieder um 10 Uhr abends zu Hause; also nicht 10, sondern bis zu 16 Stunden und noch mehr dauert die Arbeitszeit. Hätte man dieses Material dem Gericht vorgelegt, es hätte wohl ein anderes Urteil gefällt. Als man Gründe brauchte, um die verächtliche Verurteilung zu begründen, hat man auch den Schulunterricht herangezogen, der also „Wahnsinn für alles“ ist, wenn man nur ein Gehalt daraus machen kann.

Es ist schon einmal an dieser Stelle das Verhöhnungswesen im Malergewerbe in Baden als das schlimmste gekennzeichnet worden. Was sind nun die Folgen der Verhöhnungswesen? Die Früchte zeigen sich gerade zu. Ist sehr deutlich. Bis zu 95 Prozent sind die Malerhilfen arbeitslos. Eine Rundfrage bei den Eltern der Lehrlinge hat ergeben, daß ein Drittel der Lehrlinge schon jetzt Wochen ohne Entschädigung nach Hause geschickt worden ist. Im Sommer recht lange Arbeitszeit (es wird ja „juristisch“ genehmigt), um die Jungen richtig ausbeuten zu können, um es dann den armen Malermeistern im Winter recht bequem machen zu können. Wenn sich nun Richter finden, die diesem „Uebel“ zu Leibe gehen wollen, so nennt man das „Juristerei“.

Um nun diese Verhöhnungswesen und deren Ausbeutung wirksam bekämpfen zu können, fordern wir alle Berufsangehörige sowie

auch Nichtberufsangehörige auf, die Malerhilfen in diesem Kampf gegen den „Eigennutz“ zu unterstützen.

Wir rufen den Eltern zu: **Haltet Euerer Kinder vom Malerberuf fern**, sie sind schon im voraus zur Existenzlosigkeit verurteilt, sie werden erst vier Jahre ausgebeutet, und dann sind sie der Arbeitslosigkeit ausgeliefert. Das Malergewerbe ist bis in das Jahr 1945 mit 60 Prozent Arbeitskräften überlastet. Sollten jedoch einige Eltern doch zu der Wahl kommen, ihr Kind das Malerhandwerk erlernen zu lassen, so bitten wir dringend, sich erst auf dem Büro des Malerverbandes Karlsruhe, Schützenstraße 16, beraten zu lassen, wo kostenlos Auskunft erteilt wird. Besonders keine Lehrverträge unterschreiben, bevor sie sich Auskunft darüber eingeholt haben.

Andere jungen Malerkollegen rufen wir zu: **Sinein in Euerer Malerjugend!** Da ist Ihr Gehalt, Ihr wollen Euch nicht gegen Euerer Lehrmeister verheben, aber wir wollen Euch vor Ausbeutung schützen. **Deutscher Malerverband, Bezirksstelle Karlsruhe.**

### Kleine bad. Chronik

**Die Gültigkeit der Sonntagskarten an Mittwochnachmittagen**  
Die Gültigkeit der Sonntagskarten an Mittwochnachmittagen wird zunehmend als eine angenehme und wertvolle Erleichterung des Reiseverkehrs empfunden. Mißverständnisse erzeuhen sich allerdings teilweise hinsichtlich des Umfangs dieser verkehrsweise eingeführten Vergünstigung insofern, als mit einer unbedingten Ausgabe aller bei den Bahnhöfen aufliegenden Sonntagskarten gerechnet wird. Bekanntlich ist die Ausgabe von Sonntagskarten an Mittwochnachmittagen in Baden auf folgende Städte beschränkt worden: Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Würzburg, Baden-Baden, Freiburg und Konstanz, ferner auf die in der Schweiz gelegenen Bahnhöfe Biel und Schaffhausen (in der Richtung nach Deutschland). Mittwochnachmittags sind ferner nicht alle bei den genannten Bahnhöfen aufliegenden Sonntagskarten erhältlich, für die Ausgabe ist vielmehr nur eine Auswahl von Karten nach einzelnen näher gelegenen Erholungsorten zugelassen worden, worüber Auskünfte auf den Bahnhöfen erteilt und Auskünfte an den Fahrkartenhäkern erhältlich sind.

**Spinale Kinderlähmung**  
In der hiesigen Gemeinde sind zwei Fälle spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Die notwendigen Vorkehrungsmassnahmen sind getroffen worden.

**Beim Baumfällen tödlich verunglückt**  
Oberamtshaus (bei Birsfelden). Der 48 Jahre alte Bahnarbeiter Karl Huber aus Birsfelden bei Unfall bei seinem Schwager hier beim Baumfällen. Gleich in der ersten halben Stunde wurde Huber, Vater von fünf umwachsenen Kindern, von einem Baum getroffen und auf der Stelle getötet.

**a. Grünwettersbach, Unglücksfall.** Am Montag stürzte der verheiratete 45jährige Steinbrecher Karl Gaen in einem Steinbruch bei der Spinnerei und Weberei Ettlingen eine etwa 20 Meter hohe Felswand herab und mußte in bedenklichem Zustande in seine Wohnstadt gebracht werden. Lebensgefahr besteht derzeit nicht. Das Vorkommnis ist für die Familie umso schmerzlicher, als der Verunglückte sowie der älteste Sohn schon jahrelang arbeitslos sind. Nun hat der Vater acht Tage gearbeitet und muß nun auf die Art seine Arbeit und Brot verlieren. Der Familie wendet sich allgemeine Teilnahme zu. **Arbeiterlos!**

**i. Grünwettersbach.** Bei der am Samstag zum drittenmal stattgefundenen Brennholzversteigerung wurde, da gegen früheren Jahren einige Bunker weniger gebauen wurden, bei Buchen-, Schmitt-, Koll- und Prügelfolts durchschmittlich pro Ster 2-4 M über den Anschlag erzielt. Etwa ging um Anschlag ab, während

Forst oft unter den Anschlag kam. — Bei der am Montag stattgefundenen Bau- und Hofenkaufen- und Rehfählerversteigerung wurde in allen Voten insofern großer Nachfrage das Doppelte jeweiligen Anschlags geboten.

**i. Grünwettersbach.** Sonntag abend fiel infolge Glätte ein Ehefrau des Fabrikarbeiters Gustav Zehel von hier in Boden, so daß sich einen Knöchelbruch zu. — Ein weiterer Unfall stieß Steinbrecher Karl Gaen von hier im Steinbruch zu, er wurde an Knöchel schwer verletzt, so daß die Aufnahme ins Städtische Krankenhaus dringlich notwendig wurde.

**Jeutern.** Beim Betteln stieß einem fremden Handwerker durch einen Unfall zu, daß er die Treppe eines Hauses hinunter fiel und dabei sich einen Rippenbruch auso, der seine Uebertragung in das Städtische Krankenhaus notwendig machte.

**\* Sternfeld, Bezirk Bretten.** Der hiesige Bürgermeister hat aus Gram darüber, daß in der von ihm beaufsichtigten Darlehenkasse Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, erschossen. Er hat dem Verwalter der Kasse, in der ein Fehlbetrag von mehreren tausend Mark festgestellt wurde, zu großes Vertrauen entgegengebracht.

**\* Dürmersheim (Kajatz).** Die 66 Jahre alte Anna Stöckel hat sich, vermutlich in einem Anfall von Schizophrenie, erhängt.

**Vom einheitlichen Vaterland**  
Man schreibt uns vom See: Kamem da vier Reisende einer Firma nach Konstanz und wollten von hier aus auch die verschiedenen Grenzgebiete besichtigen. Seitens der Schweiz war ihre Prospektivität nichts einzuwenden, nur die Schweizerischen Ausweispapiere mußten sie sich besorgen, deren Erwerb ein deutscher Reisepaß sein sollte. Der fehlte! Also schrieben sie ihre Heimatbehörden um Zustellung eines entsprechenden Ausweispapieres, auf Grund dessen sie sich von einem deutschen Bahnhofsbeamten die Paß besorgen wollten. Die Heimatbehörden (Stuttgart) reifen sie eine deutsche Stadt in Württemberg, Bayern (die Paß besorgen) und ferner die ehemals deutsche Stadt Metz. Die Paß besorgen an und lösteten als Nachnahme: von der Stadt in Württemberg 8 M., von der Stadt in Bayern 7.20 M., von Metz 1.4 M. und der preußischen Stadt in Westfalen 15 Pf. für die Zustellung von vordruckmäßige Dienstpaß.

Der kaufmännische Wert des Ausweispapieres, gemessen an der Paßausfertigung, mag etwa 1.50 M sein zusätzlich Porto. Die hiesige Stadt hat demnach den Preis hierfür ganz abgebaut und hat den Dienst am Kunden bzw. dem Bürger vorbildlich durchgeführt. Württemberg und Bayern aber haben kräftig aufgeschlagen. Das Metz als jetzt französische Stadt für den deutschen Bürger ihrem Selbstkostenpreis arbeitet, ist ausserordentlich.

Die Nachnahme des Bayern kam gleichzeitig mit der pflichtigen Dienstpaß des Bayern an. Da fehlte der Paß, so mußte er in den Dienst seines Herrens und Vater. „Satta, Satta, Satta“ möcht mir ja arab a lo e Saurer sein.“

**Autorität im Schmalzineubau gestorben**  
Aus Freudenstadt wird gemeldet: Infolge eines Unfalls Karl Rühlstein, geb. 1867 in Albstadt, aus einem arbeitsreichen Leben geschieden. Er ist auf der Erholungsreise nach Schwarzwald aus dem fahrenden Schlafwagen gestürzt und tödlich verunglückt. Rühlstein hatte vier Jahre Reichsausschuss in Stuttgart und Berlin hinter sich, ehe er einer der bedeutendsten und erfolgreichsten Schmalzineubauer und Konstruktoren wurde. Im Frühjahr 1890 trat er bei Ottmar Herzog in Baltimore ein, wo er sich eine vollständige und sehr gründliche Kenntnis der Linotype-Gestaltung verschaffte und sich bald Patente auf Verbesserungen erwarb, 1894 wurde er Geschäftsführer des ganzen Betriebes. Die Verheiratung mit einer Stuttgarterin ließ in ihm den Wunsch reifen, nach Deutschland zurückzukehren, wurde 1898 als technischer Leiter des Linotype-Betriebes in Freudenstadt verpflichtet. Auch auf diesem verantwortungsvollen Posten machte sich der unermüdete, immer mit neuen Verbesserungsvorschlägen beschäftigte Schwabe hervortuend.

**RESTE** in Herren- u. Damenstoffen, Weißwaren, Baumwollwaren, Gardinen, Seidenstoffen **sehr billig!**

**Leipheimer & Mende**

Schönes, eichenes Herrenzimmer, Bücherregal, Schreibtisch, Schreibstühle, 360.- Möbelhaus Marx Kahn, Waistraße 22 (neben Colosseum)

Gefunden Goldener Ehring, Abgehoben durch Eigentümer, 1. Volksfreund

Wasser- u. Zapfenarbeit, all. Art, besonders billig und sachgemäß ausgeführt. Angeb. auf 3.172a. d. Volksfreund

**Todes-Anzeige.**  
Mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel **Franz Brühlle** Metzger ist heute nacht, nach schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohl vorbereitet durch die hl. Sakramente, im Alter von 66 Jahren verschieden. Karlsruhe, den 11. Februar 1931. Durlacher Allee 45.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Frau Elisabeth Brühlle Witwe und Kinder.**  
Beerdigung Freitag nachm. 2 Uhr.

**Dankagung**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schmerzlichen Verlust unseres lieben Mannes und Vaters **Paul Kräger** sagen wir unsern herzlichsten Dank. Besonders danken wir den Schwestern des hiesigen Krankenhauses für die liebevolle Pflege, dem Arbeiter-Abfahrtsklub „Solidarität“ für die Kranzsende und die lieben Worte am Grab, sowie allen jenen, die durch Kranzsenden und das Geleit zur letzten Ruhestätte unsern lieben Verstorbenen besonders ehrten. 1722 Karlsruhe, den 12. Februar 1931. Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Versteigerung wurde am 30. Dezember 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über die Grundstücke lauten: **Schulung** kann jedermann einsehen. Rechte, die am 30. Dez. 1930 noch nicht im Grundbuche eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerpruch des Gläubigers glaubhaft zu machen, sonst werden sie im gerichtlichen Gebot nicht und bei der Verteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes.

**Grundstücksbeschriftung:**  
a) **Platz Nr. 11:** 4 ar 03 am Hofstraßen im Ortsleiter. Auf der Hofstraße steht ein einstöckiges Wohnhaus mit Balkenbalken, besonders hebrer Scheuer mit Stallung und Schweineflur. Versteigert, reißt freistehendem Hof und Brunnen im Hof. Schätzungswert 4 000.- RM.  
b) **Platz Nr. 82:** 6 ar 62 am Haus- und Grasgarten, Gewann Grasgarten. Schätzungswert 200.- RM.  
c) **Platz Nr. 319:** 5 ar 83 am Acker, Gewann Neubrunn. Schätzungswert 350.- RM.  
d) **Platz Nr. 319:** 5 ar 22 am Acker, Gewann Neubrunn. Schätzungswert 350.- RM.  
Zusammen 4 900.- RM.  
Karlsruhe, den 4. Februar 1931. Notariat V - Volksrechtungsgericht

**Ein neuer Beruf!**  
Die mod. Kunststrickerei auf der **„Femina-Strickmaschine“** unentbehrliche Besten, Pullover, Strickkleider, Sportartikel, bringt hohen Verdienst. Leicht erlernbar. Günt. Web. erprobt grat. u. franco. **Erkoffagen- und Strumpf-Fabrik Neher & Föhren-Saarbrücken 8**

**Arbeiter! Werbt für euerer Zeitung!**

**Grundstücks-Zwangsversteigerung**  
5 V. T. 40/30.  
Im Zwangswege versteigert das Notariat am **Dienstag, den 7. April 1931, nachmittags 3 Uhr,** im Rathaus zu Weisknecht die unten beschriebenen Grundstücke der Luise geb. Walgraf, Ehefrau des Gottlieb Kronenmeier, Schreinermeister in Weisknecht auf Gemartuna Weisknecht.

Donnerstag **3** Freitag - Samstag

**Strumpf-Tage**  
mit außergewöhnlichen Angeboten!

**Damen-Strümpfe** - .85  
schl. Halb, Seidenflor oder künstliche Seide, oder

**Herren-Socken** - 1.35  
Baumwolle, reine Wolle gestrickt oder mit künstlicher Seide gemischt

**Damen-Strümpfe** - 1.75  
künstl. Seide m. Hochl. Le. Krupp, Moko, oder reine Wolle gewebt, oder

**Herren-Socken** - 2.60  
schwer, gestr., kamelhaarf. r. Wolle

**Damen-Strümpfe** - .50  
künstl. Seide m. Flor, od. m. Wolle hinterlegt, oder Damen- u. Herren-Sport-Strümpfe

reine Wolle  
Steigerung 10 Pf.

**HERMANN KARLSRUHE**





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

12. Februar, 1804 Philosoph Immanuel Kant. — 1809 Naturforscher Charles Darwin. — 1837 Rev.-Schriftsteller Ludwig Börne. — 1929 Rathaus Leiden abgebrannt. — 1929 Dr. Albert v. Schrenk-Novina, Parasitologe (Ookultismus). — 1929 Reparationsjahrverträge in Paris. Konferenzbeginn.

## Der Herr Kirchenpräsident und die Schwarz-weiß-rote Fahne

Wir brachten vor Kurzem die Notiz, daß das Gebäude des Präsidenten der evangelischen Landeskirche anlässlich des Reichsgründungstages mit einer Schwarz-weiß-roten Fahne besetzt war. Das Organ der religiösen Sozialisten hat sich mit dieser Sache ebenfalls beschäftigt und bringt in der letzten Nummer folgende Notiz: Der Herr Präsident ist von uns um eine Erklärung gebeten worden. Der Herr Präsident schweigt. Einem unserer Freunde, der sich bei dem Herrn Präsidenten selbst vergewissern wollte, wie es mit der Nachricht liehe, erklärte der Präsident, daß tatsächlich die Schwarz-weiß-rote Fahne von einem Beamten des Oberkirchenrats aus dessen Privatwohnung herausgehängt habe. — Inzwischen haben wir in Erfahrung gebracht, daß die Fahne aus dem Fenster des Herrn Präsidenten selbst herausgehängt hat.

Auf die Einwendung unseres Freundes, daß diese Staatsfeindliche Demonstration der obersten Kirchenbehörde unserer Kirche außerordentlich schaden könne, sagte der Herr Präsident: „Staatsfeindlich? Wenn wir gegen diese Regierungsform nicht freudlich eingestimmt sind, so ist das doch keine Staatsfeindschaft!“ Auf die Feststellung unseres Genossen, daß durch diese Einstellung große Erregung in den republikanisch und sozialistisch eingestellten Massen unseres Kirchenwesens ausgelöst werden könnte, antwortete der Herr Präsident: „Das ist mir ganz egal, die Leute können reden und denken was sie wollen!“

## Die Gewerkekrankheiten in der Unfallversicherung

Ueber dieses Thema hielt am Dienstagabend im Rahmen des Bildungsprogramms des Gewerkschaftskartells Herr Professor Dr. Holmann vom Gewerkschaftsamt im Volkshaus einen instruktiven Vortrag. Er betonte, daß die Einbeziehung der Berufskrankheiten in die Unfälle, die zum Bezug von Unfallrente berechtigen, noch keinen definitiven Abschluss gefunden hat und daß die bisherige Lösung dieser Frage eigentlich niemandem recht befriedigt. Beim Reichsversicherungsamt in Berlin ist ein eigener Senat zum Zwecke der Beistellung der als Unfall geltenden Berufskrankheiten errichtet worden. Als Unfall gelten Krankheiten, die der Arbeiter sich im Umgang mit Blei, Arsen und ausländischen Holzarten zugezogen hat. Durch Blei gefährdet sind besonders die Berufe der Maler und Schriftsetzer. Dabei muß hervorgehoben werden, daß Blei- und Bleibäume am meisten gesundheitsschädlich sind, wogegen sich der Arbeiter auch sehr schwer schützen kann. Gegen Bleivergiftung durch bleihaltige Sände kann schon das Trinken von Wasser in Blei- und Bleibäumen durch die Arbeiter als Unfall Krankheiten, die im Beruf durch Quecksilber, Benzol oder Benzol erworben werden, ebenso durch Umgang mit Teer und Pech. Auch die bei Galvanisierungsarbeiten erworbenen Hautkrankheiten fallen hierunter. Die Krankheiten, die durch Arbeiten mit Pressluftwerkzeugen entstehen, gelten ebenfalls als entschädigungsberechtigte Unfälle. Beruflich sehr gefährdet sind auch die Steinarbeiter, deren Erkrankung der Lunge durch Steinstaub auch als Berufskrankheit gilt, die zum Bezug von Unfallrente berechtigt.

Hierbei muß immer durch Röntgenbild nachgewiesen werden, daß die Lunge durch Steinstaub krank geworden ist. Bedauerlich ist, daß die Berufskrankheiten der Sandstrahlbläser nicht zum Bezug von Rente berechtigen. Schwerhörigkeit der Rießelschmiede und anderer Star stellen auch als rentenbezugsberechtigten Berufskrankheit. Der Redner wies am Schluß seiner Ausführungen darauf hin, daß das Gesetz noch bedeutende Lücken hat und daß es falsch ist, wenn oft der Arzt behauptet wird, wenn ein Arbeiter mit seinem Anspruch auf Rente abgewiesen wird, der beste Arzt ist an die bestehenden Gesetze gebunden und kann sie nicht ändern. Es ist Sache der Arbeiterschaft, dahin zu wirken, daß die bestehenden Unfallgesetze in ihrem Sinne geändert werden. Die aufsuchende Versammlung spendete dem Referenten für seinen lehrreichen Vortrag lebhaften Beifall.

Zahlreiche aus der Mitte der Versammlung gestellte Anfragen wurden vom Redner ebenfalls befriedigend beantwortet. Der Leiter der Versammlung, Kollege Erb, wies noch darauf hin, daß es nur dem Vorgehen der Gewerkschaften zu verdanken ist, daß überhaupt Berufskrankheiten seit jüngster Zeit als Unfall gemeldet werden und daß die Arbeiter mitarbeiten müssen, daß das Gesetz dieser Berufskrankheiten bedeutend erweitert wird.

## Die Polizei berichtet:

### Verkehrsunfälle

Auf der Kaiserstr. wurde gestern Abend ein Kaufmann, der einen beleuchteten Handwagen hob, von einem rücksichtslosen Kraftwagenführer angefahren und zu Boden geschleudert. Der Kraftwagen fuhr, ohne sich um den Unfall zu kümmern, davon. Der Kaufmann erlitt geringfügige Verletzungen.

Vergangene Nacht fuhr ein Autofahrer in der östlichen Kaiserstr. auf eine dort am Gehweg aufgestellte Werkbühne auf. Dem Drohnenbesitzer entstand ein Sachschaden von etwa 400 Mark. Der unvorsichtige Fahrer trug eine unbedeutende Verletzung davon.

### Einsteigebiebstahl

In der Nacht zum Mittwoch stiegen unbekannt Täter in eine Wirtschaft in der Hardtstraße ein und entwendeten eine größere Menge Zigaretten, Likör, Cognac, Schokolade und Schinken im Gesamtwert von etwa 240 Mark. Die Ermittlungen sind im Gange.

### Ein rabiaten Bettler

Ein 42 Jahre alter Invalide, der in angetrunkenem Zustand auf der Kaiserstr. auf dem Gehweg sitzend Passanten um Geld anbettelte, wurde am Mittwoch Abend bei der Festnahme gegen den Zahlungsberechtigten gewalttätig, sodass der Notruf zu Hilfe geholt werden mußte.

1700

**Bankhaus  
STRAUS & CO.  
KARLSRUHE I. B.**

Fernsprech-Anschlüsse

Stadtverkehr Nr. 4430 bis 4435	Fernverkehr Nr. 4901 bis 4903	Devisenabteilung Nr. 4439
-----------------------------------	----------------------------------	------------------------------

# Faschistische Wirtschaft Faschistische Kultur

## Eine eindrucksvolle Kundgebung der Sozialdemokratie

Die antifaschistische Kundgebung gestern Abend in der Festhalle war gut besucht, aber die Wichtigkeit der Sache hätte ein noch größeres Aufgebot der republikanischen Kreise verdient. Der Gesangsverein „Vorwärts“ leitete den Abend mit dem so wirkungsvoll klingenden Lied „Sturm“ ein, das er unter Leitung des Gen. Duchs prächtig wiedergeben wußte.

Kurz und prägnant begrüßte Gen. Koch die Erschienenen. Schon hatte er dem Referenten das Wort erteilt, als der kommunistische Stadtrat Bauer das Wort zur Geschäftsordnung verlangte. Aber zu spät, und zwar auf Grund der allgemein geltenden Geschäftsordnung. Er forderte nun seine Getreuen auf, den Saal zu verlassen. Eintausend Leute folgten ihm. Der Saal schloß widemei dem Vorgang größte Aufmerksamkeit und die Verammlung amüsierte sich föhlich, als die Moskowiter ausgerechnet bei einer antifaschistischen Kundgebung den Aussug der 107 Reichstagsnazi aus dem Reichstag forderten. Ein echtes Kommunistentheater!

Alsdann betrat der Redner des Abends, Gen. Dr. Hartmann, mit starkem Beifall begrüßt, das Rednerpult. Er begann seine Ausführungen mit dem Hinweis auf den soeben erfolgten Aussug der KPD-Leute, bei denen der Aussug der 107 Nazis aus dem Reichstag schon Schule gemacht hat. Derselbe Agitationsstempel, die nur eine Waise nach Vorlesung abliefern können, könne man allerdings im neuen Deutschland nicht mehr brauchen. Das Verlassen des Kampfes im Reichstag durch die Nazis gab dem Redner Veranlassung auf den Schaden hinzuweisen, die die Nazis durch ihre Agitation im Lande verrichten können, wenn sie nicht auf geistigen Grund beissen werden. Ein offenes Bekenntnis zum Reichstagsamt folgte, das Redner als den älteren Schuss bezeichnete. Dieser genähe jedoch nicht, sondern es gelte die gesamte Waffenschmiede zu errichten, um auf dem Posten zu liegen gegenüber dem Faschismus unter starker Hervorhebung ihres Gen. Hartmann den Glauben an die sozialistische Sache als eines der Mittel im Kampfe, um jedoch unter ebenjo starker Betonung zu sagen, daß die Weltwirtschaftskrisis nicht aufzuhalten werden könne durch irgendwelche Staatsform und daß der Faschismus keine Garantie bietet gegen die Weltwirtschaftskrisis. Um den Beweis dafür zu erbringen, ging er auf italienische Verhältnisse ein, die er an Ort und Stelle studiert hat, also sich nicht auf das Nachhersagen beschränken mußte. Er beschränkte den Faschismus in Italien als die letzte Ausflucht des Kapitalismus, um ihn aus der Krise herauszusuchen oder bestenfalls einen guten Abgang zu sichern. Auf Grund der eigenen Anschauung im „Paradise“ Mussolinis schilderte er, wie wohl das italienische Volk mit Begeisterung darauf, aber auch das geistige Leben Italiens uniformiert wird.

Mit großem Interesse verfolgte die Versammlung die Darlegungen des Redners über sein Gesicht mit dem Duce. Er beschrieb die dabei der strengsten Objektivität, wie überhaupt gesagt werden muß, daß des Gen. Hartmanns Vortragswelt frei von allen Schlagwörtern und Entschuldigungen schnell verrauchender Begeisterung ist, daß sich bei ihm erste Sachlichkeit und Auffassung im Vordergrund. Besonders wies er auf die Auslegung Hegelscher Ideen durch Mussolini hin, die in diametralen Gegensatz zu der Auffassung von Karl Marx über Hegel stehen. Gen. Hartmann malte ein Wirklichkeitsbild aus Mussolini-Italien, das neben wenigen hellen Tönen so außerordentlich stark und viele dunkle Farben aufweist. Nicht überlebte patriarchalische Zustände, wie sie Mussolini in Italien als Ideal vorstreckt, sind für das industriell hochentwickelte Deutschland von Bel, sondern analog der ganzen Entwicklung ist der Klassenkampf das Gegebene. Gen. Hartmann verurteilte natürlich auch nicht, auf den Kriegseifer der italienischen und deutschen Faschisten hinzuweisen, wobei er besonders hervorhob, daß die Faschisten ganz übersehen, daß die Kriegskriegskrieg die wirklichen Kriegsgewinnler sind.

Im zweiten Teil beschäftigte er sich mit dem Lebens- und Kulturstand der italienischen Arbeiter. In Italien ist nur eine aufsteigende Kultur zu finden. Nicht aus der Volkstiefe kommt die faschistische Kultur, sondern alte historische Werte werden wieder aufgeführt, also eine Museumskultur macht sich breit. Wohl, so betonte der Redner, sind Geisteskräfte am Werk, aber in unrichtiger, nur auf den Faschismus ausgerichteter Weise. Die Freiheit des Menschen zum Schönen und zum edlen Wettbewerb wird vernichtet.

Zum Schluß schilderte er das Jenseits des Faschismus in seiner Einstellung zur Kirche und forderte, daß das Christentum in sozialistischer Weise seine Auslegung finden möge. Mit dem Hinweis auf die abgelaufene Kulturpolitik von Dr. Fried und Hitler, aber dafür die Stellung des Bibes des neuen Menschen in der Mittelpunkt der gesamten Kultur und Wirtschaft ist, so seine Ausführungen, die eineinhalb Stunden Belehrung über faschistische Wirklichkeit waren. Mit lebhaftem Beifall quittierte die Versammlung.

Ein kurzes Schlußwort des Gen. Koch und die eindrucksvolle und ohne jeden Zwischenfall verlaufene Kundgebung erreichte um 0.45 Uhr ihr Ende.

## Gen. Dr. Hartmann

führte etwa aus:  
Es scheint so, als ob der Aussug der 107 Nationalsozialisten Schule macht. Man will ansehend nicht mehr hören, sondern glaubt handeln zu müssen. Die Nationalisten können wir im neuen Deutschland nicht mehr brauchen, sondern nur die Menschen, die vorgebrungen sind zur Sache selbst. Und wenn jetzt viele erleichtert aufatmen werden, daß die 107 Nazi den Kampfplatz verlassen, so wissen wir doch, daß sie unachbaren Schaden anrichten, wenn nicht überall ihnen Menschen entgegenzutreten können, die ihnen ihren Untun nachweisen. Der äußere Schuss allein wird unsere Republik nicht sichern, wenn wir nicht mit geistigen Waffen auf dem Posten sind. Zu unserer geistigen Vertiefung will ich einiges aus meiner Erfahrung ihnen mitteilen. Es war mir vergönnt, die Grundprinzipien von der Neugestaltung des italienischen Volkes an Ort und Stelle zu studieren. Es wird immer gesagt, erst durch den Faschismus sei das italienische Volk wieder ein Volk geworden, das an sich selbst glaubt. Wir können vom italienischen Faschismus lernen. Er versteht es die Jugend einzubannen für den neuen Staat. Und da ist heute Abend die brennende Frage, wie denn dieser Staat aussieht. Der Faschismus ist keine Garantie dafür, daß der Staat nicht hineingerissen wird in die Wirtschaftskrisis.  
Der italienische Faschismus ist die letzte Ausflucht des Kapitalismus

der sich noch einmal aus dem Untergang retten will, sich aber bestenfalls nur einen guten Abgang sichert. Ich möchte alle jene Parteien des Faschismus berühren, die wir alle aus Kenntnis Buch kennen, die Unterdrückungsmethoden brutaler und mitunter auch freudiger Art. Es sind diese Kampfmittel, die von unseren Faschisten freudig aufgenommen werden und die damit jetzt schon kämpfen, bevor sie an der Macht sind. Dagegen hilft nur

### energievolle Abwehr

und es ist erfrischend, daß allenthalben dagegen energisch Front gemacht wird, mit die neuesten Vorgänge auch in München beweisen. Ansehend traut sich Hitler nicht zu, die Dinge zeitig zu durchdringen, sondern er überläßt dies Herrn Feder. Aber Mussolini ist geradezu besessen von der Idee, daß der Mann ist, der nach Europa beeinflussen kann. Und es zeigt sich, daß es Mussolini gelungen ist, die ganze italienische Nation heraufzuheben zu machen und die Idee. Ob es nun nicht eines Tages heißt: die Geister, die wir rief, die wird ich nicht mehr los, Mussolini hat mehrere Seelen in seiner Brust und hat trotz allen Gabelfassens erst Amerika gegenüber betagt, daß er durchaus friedlich gemeint sei. Wenn man Faschismus als etwas ganz Ungläubliches bezeichnet, laute, daß der Faschistische Geist der heutigen Zeit durch den Faschismus unterdrückt werden soll. Das geht in Italien ganz gut, das viel einfachere patriarchalische Verhältnisse hat als Deutschland, es kann gut unterdrückt werden. Die Unbeliebten, die dem deutschen Volk eine Unfertigkeit auszuweisen wollen, werden eines schönen Tages eine bittere Enttäuschung erleben. Es kommt mir darauf an, zu berichten, was ich mit Mussolini gesprochen habe. Wir sind liberale Idealisten, aber der Mensch ist kollektiv geworden, er muß sich einordnen und die Kampfergebnisse wie es Marx vorausgesehen hat und er hat sich eingeordnet in Organisationen, mit denen eine neue Welt geschaffen werden kann. Mussolini sagte: Wir sind Hegeliker. Aber Mussolini läßt Hegel auf den Kopf stehen und errichtet einen obliquen Staat, der ihn nebenbei ungeheure Summen kostet, die er auf die Dauer nicht wird aufbringen können. Er hat sich weiter zum Faschismus bekannt, aber unter der Bedingung, daß Frankreich abzurufen. Aber so werden wir nie zur Abrüstung kommen wenn immer der eine auf den anderen wartet, bis dieser anfängt. Es hat weiter gesagt, daß ihm fallen sich alle vorfühlen und er hat sich unter Schwereindustrie verweilen, die wirtschaftlich die Verhältnisse auslöst. So sehr er hier richtig liegt, so läßt er sich doch durch, daß die Industriellen ein Interesse daran haben, daß der Arbeiter nicht überlebt wird.

### Der Faschismus ist ein Kräfteverleer des Kapitalismus

der sich dadurch am Ruder halten will. In Italien sind Gewerkschaften eingerichtet, in die jeder Arbeiter Beiträge zahlen muß, gleichgültig ob er Mitglied ist oder nicht. Da ist es kein Wunder, daß alle Arbeiter in die Gewerkschaft sich aufnehmen lassen, denn jeder will sich, wenn ich schon Beiträge zahlen muß, will ich auch auf der letzten Einrichtungen Anspuch haben; Einheitsgewerkschaft, der nirgend im Leben zur Geltung kommen, ist die Alternative, aber der italienische Arbeiter sieht. Wir leben von einem patriarchalischen Staat zwangsmäßig ein Solium aufgebaut und den Klassenkampf künstlich unterbunden. Das Merkmal ist nur, daß es sich um die Arbeiter handelt, alle gegen den Arbeiter gehen, das also der brutale Klassenkampf nach Tausende ist.

Der Klassenkampf ist überall Tausende und es ist eine Notwendigkeit durch Volk einfach unmöglich machen zu können. Der Klassenkampf in Italien ist aber der, daß der Kapitalismus, wenn auch patriarchalischer gemäßigter Form, erhalten wird. Der Faschismus ist ein Nationalismus, der das wahrhaft Nationalen vernichtet und die Anbetung von Idealen und Götzen. Unsere Nazi merkten nicht mehr, daß der Begriff des Nationalen oberflächlich und der des Sozialismus direkt unklar ist. Da hat man nun die Trübsal des Sozialismus und raffenden Kapital erfinden. Aber ich möchte wissen, was die Grenze zwischen diesen beiden Begriffen ist. Und die Idee eines Federischen Theorie ist eine Seitenblase, die nichts hilft und einen schönen Tages in der zweiten Inflation enden wird. Mussolini will aber nicht nur für den Frieden, sondern auch für den Krieg das Land selbständig machen. Wir dürfen aber nicht die Gefahr vernachlässigen, daß wenn man immer vom Krieg redet, eines schönen Tages die Leute von selbst losgehen. Die Faschisten leben nicht ohne, daß der Kriegsgewinnler immer der Kriegserwartant ist.

### Karlshauschabung

geschaffen wird, die die großen Profite bedingt, daß ein Arbeiter ein Staublanger für 130 Mark verkauft werden kann, dessen Gehalt für 17 Mark betragen. Man muß sich davon hüten, den Klassenkampf des italienischen Arbeiters mit dem der deutschen zu vergleichen. Wasgeheim ist, wie der Arbeiter sich fühlt, ob er in Italien ist oder im Faschismus glaubt. Es ist in Tausende, daß Italien sich nicht nur unheimlich unheimlich, aber es ist eine empörende, eine unheimlich faschistische Kultur, bei der der Arbeiter nicht mehr, daß er nicht mehr in Opposition, daß das Schwarzen in Hausen verbrannt und rote Fahnen schickt werden und daß Streiks ausbrechen, die mit Gefängnis unterdrückt werden.

Die faschistische Kultur ist nicht etwas aus der Tiefe des Volksbewußtseins Kommendes, sondern es ist die, daß man die alten Werte mit bemundernwertem Fleiß erbt.

Das Volk arbeitet aber an dieser Kultur nicht mit, wie das von einem Kollektivempfinden erwartet werden muß. Immer der oligarchische Faschismus ist in der Kultur. Mussolini hat bedauert, daß die Jugend so stark in militaristischem Geiste erzogen wird. In den Jugendlagern habe ich Plakate gefunden, die die Jugend zu erregen; Mussolini hat immer recht! — Das ist die Forderung der herrlichen von Potsdam, aber nicht der Geist von der Welt. Wir verstehen unter Kultur die Freiheit der Menschen zum Wettbewerb. Wir wollen die Vielheit der geistigen Bestrebungen es soll jedem die Möglichkeit gegeben werden, seine geistigen Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.  
Beständig der Kirche sagte Mussolini: Die Kirche betrachtet, immer als die Sonne und den Staat als den Mond. Daraus ergibt sich, daß er im Grunde seines Herzens antichristlich eingestellt ist. Es ist also etwas faul, wenn man immer so tut, als ob man religiös sei und innerlich sich auf seine persönliche Freiheit berufen. In Wirklichkeit treiben auch die deutschen Faschisten Potenzen, die der mit Rücksicht nichts zu tun hat. Der Antifaschismus ist es auch bewiesen, daß er gegen den Faschismus immum ist. Die Unschicklichkeit der Faschisten und Nazis hat nur den Zweck, sich gegen die Arbeitermassen und Arbeiter zu schützen.  
Man nennt auch in Italien Kulturpolitik, indem man die Kultur umgibt, bei der italienischen Arbeiterbewegung immer weiter geformt werden zu können. Wenn wir in den Mittelpunkt unserer geistigen Kultur, und Kulturpolitik das Bild der neuen Menschen und der neuen Ordnung stellen, dann werden wir auch das Faschistische Gespenst bannen können. (Beifall.)







### Schneider und Schneiderinnen

Auf vielseitigen Wunsch veranstalten wir im Einvernehmen mit der Schneider-Innung Karlsruhe ab 2. März 1931 einen

### Voll-Zuschneide-Kursus

für die gesamte Herren- und Damen Garderobe zu bedeutend ermäßigtem Preise. Wir lehren das „Einheitsystem“ des Deutschen Zuschneider- und Direktoren-Verbandes, dem auch die Schulen Berlin, Hamburg und München angeschlossen sind. Keiner verlässt die äußerst günstige Gelegenheit, sich im modernen Zuschchnitt perfekt auszubilden. Davon hängt das Gelingen einer guten Arbeit ab. Besonders den Damenschneiderinnen ist, um der heute rasch wechselnden Mode gerecht zu werden, Gelegenheit geboten, die Kunst des modernen Zuschchnittes zu erlernen.

Am Freitag, den 13. Februar 1931, abends 8 Uhr, findet im Hotel „Goldener Adler“, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 12 eine

### Versammlung

zur Aufklärung und Besprechung statt. Wir laden alle Kollegen und Kolleginnen sowie Interessenten zu recht zahlr. Besuche ein. Anfragen und Anmeldungen bezüglich des Kursus nehmen entgegen Herr Lehmann, obermeister Val. Drach, Karlsruhe, Akademiestr. 33, Geschäftsstelle der Innung, Karlsruhe, Steinstr. 23.

Zuschneide-Lehranstalt des Ersten Frankfurter Zuschneider-Vereins e. V., Frankfurt a. Main, Zell 63

### Steuern

Beratung in allen Steuerangelegenheiten, Steuererklärung / Steuerbilanz, Stellung von Stundungs- und Erlaß-Anträgen, Durchführung von Rechtsmitteln usw.

Bilanzen, Revisionen, Gutachten

Dipl.-Kfm. Dr. H. Heudorfer

Schwarzwalddstraße 25, Telefon 2756

### Kronenfels

Heute großer Kappen-Abend

Auftreten bekannter Bühnenredner

Es ladet freundlichst ein

d' Karoline und de Theodor

Unstreitig die best. blauen Arbeiter-Anzüge zu Mark 10.00 und 12.50

Hosen, Windjoppen usw. beim

Friedrich (SPD)

jetzt Douglasstraße 22.

### Wecker-Uhren

Prima Wecker-Uhren (wie Abbildung) mit Garantie das Stück 4.- Mk. empfiehlt

Chr. Fränkle, Goldschmied

Karlsruhe, Kaiser-Passage

### Frische Fische

Direkt von der See:

Grüne Heringe 22 Pfund

Prima Jsland-Kabliau 27 im ganzen Pfd. im Anschnitt Pfd. 30

Schellfische koplos, Bratschellf. 30 Pfund

Kabliau-Filet Pfd. 50

Kieler Sprotten u. Bücklinge stets frisch zerhackt

Bratheringe o. K. 1 Liter-Dose 85 Liter-Dose 50

### Pfannkuch

5% Rabatt

### Verfeinerung.

Am Mittwoch, 18. und wenn nötig Donnerstag, 19. Februar 1931, vormittags von 9 Uhr an, nachmittags von 2 Uhr an, findet im Verfeinerungsbüro des Stadtschulhauses Schwanenstr. 6, 2. St., die öffentl. Verfeinerung der verfallenen Pfänder vom Monat Juni 1930 Nr. 19442 bis mit Nr. 23452 gegen Barzahl. statt.

Jur. Verfeinerung gebräuter, geräucherter, Räucherwaren, Kaffee, Schokolade, Herren- u. Damenkleider, Wäsche, Schuhe, Pelzwerk, Federbetten, gold- und silberne Uhren, Brillen, Musikinstrumente usw. Näheres und Näheres können Mittwoch, 18. Februar, abends 8 Uhr, im Verfeinerungsbüro, Schwanenstr. 6, 2. St., erfragt werden.

Das Verfeinerungsbüro wird von 10 bis 12 Uhr vormittags geöffnet. Die Kohle für die Verfeinerung ist am Tag vorher nachmittags geschlossen.

431

Karlsruhe, 27. Jan. 1931

Städt. Pfandversteigerung

Wohnungsaufsicht:

Schöne Drei-Zimmerwohnung gegen eine kleine Zwei-Zimmerwohnung nur 10% zu tauschen. Näheres erfragen bei

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

Städt. Pfandversteigerung

**TIETL Lebensmittel** **Stets frisch** **Stets gut** **Stets billig**

Verkauft soweit Vorrat! Mengenabgabe vorbehalten!

**Dessert-Käse** o. Rinde, 3 Schacht. 45-  
**Allgäuer Münsterkäse** überfett 55-  
**Bayr. Butterkäse** vollfett, 1/2 Pfd. 70-  
**Persische Aprikosen** besond. süß, 1 Pfd. 54-  
**Kalif. Pflaumen** Pfd. 60- 45- 30-  
**Kalif. Mischobst** besond. erziehb. 65-  
**Kalif. Birnen** Pfd. 65-  
**Kalif. Sultaninen** Pfd. 60- 48-  
**Kalif. Ringäpfel** Pfd. 70-  
**Eine Auslese eleganter Rheinweissen:**  
**29er Liebfrauenmich** 1/4 Fl. 1.60  
**29er Nierstein. Fritzenhöll** 1/4 Fl. 1.70  
**29er Niersteiner Domthal** 1/4 Fl. 1.80  
**29er Oppenheimer Go.berg** 1/4 Fl. 1.90  
**Fröhlicher Weinberg** Feinster Platz-Steinberg 1/4 Fl. 1.60  
**Hertie Fruchtschaumwein** inkl. Steuer und Glas 1/4 Fl. 1.90

**Fische frisch eingetroffen!**  
**Schellfisch** ca. 3-5 Pfund schwer 19-  
**Kabliau** im Anschnitt Pfd. 25-  
**Kabliau Filet** Pfd. 38-  
**Ski-Proviant**  
**Diverse Suppen** mit Einlage 7 Sorten Dose 70-  
**Diverse Fleischgerichte** Dose 80-  
**Schlackwürst** mit Einlage, 6 Sorten, bek. Tietz-Qualität 1/2 Pfund 55-

**Wir haben unsere Brotpreise wiederum herabgesetzt:**  
**Bauernbrot** 3 Pfd. 52-  
**Manauer Art** 1/2 Pfd.-Laib 29-

**Frische Eier** . . . . . 10 Stück 85-  
**Trink-Eier** . . . . . 10 Stück 95-  
**Holländ. Kalkeier** extra groß 10 St. 1.10  
**Junge große Bohnen** 2 Pfd.-Dose 95-  
**Junge Kohlrabi** . . . . . 2 Pfund-Dose 50-  
**Pflaumen** 1/2 Frucht . . . . . 2 Pfund-Dose 75-  
**Erdbeeren** . . . . . 1 Pfund-Dose 80-  
**Div. Zweifrucht-Marmelade** Steinrut-Topf 4 Sorten, ca. 1200 Gramm 1.-  
**Bayr. Malz-u. Honig-Bonbons** 1/4 Pfund 15-  
**Schokol.-Likörbohnen** 1/4 Pfund 25-  
**Weinbrandbohnen** . . . . . 1/4 Pfund 35-  
**Schokolade-Sortiment** 3 Tafeln 1.-  
**Vollmilch-Schokolade** 4 Tafeln 90-  
**Pralinen** Krt 400 gr 90-  
**Blockschokolade** 1 Pfund 85-  
**Blockschokolade** 5 Tafeln, à 100 Gr. 95-

Ein Waggon ausgesucht schöner **Blondorangen** 4 Pfund 78-  
 Ein Waggon ausgesucht schöner **Doppelblut „Alicras“** 4 Pfund 98-

**Dörrfleisch 1.38** Pfund  
**Kassier Rippenleber 1.38** Pfund  
**Bierwurst 1.18** 1/2 Pfund 30- Pfund  
**Margarine 42** 1 Pfund - Würfel

**Heute große Festhalle** 8 Uhr  
**Wohltätigkeits-Akademie**  
**VeraSchwarz** und das Programm der Prominenten  
 Karten sind noch zu haben von 60 Pfg. an aufwärts  
**Kaffee Bauer**  
 Heute Donnerstag 8.30 Uhr  
**Humoristisches Konzert** der Kapelle  
**Franz Oseneeg**  
 Eintritt frei kein Weinzwang

**Colloleum**  
 Heute 8.30 Uhr  
 Drei Entscheidungen  
**Kopp-Wildmann**  
**Stolzewald**  
**Thomson**  
**Fehring-Klach**

**3 Ausnahme-Tage** bei

Donnerstag, Freitag, Samstag

**Weil's so gut schmeckte, nochmals**

**2 Sauerkraut** zusammen  
 und  
**1/2 Speck** geräucherter  
 oder  
**3 Frankfurter**  
 zusammen  
**65**

**2 Linsen**  
 oder  
**2 Bohnen**  
 oder  
**2 Erbsen**  
 und  
**1/2 Speck** geräucherter  
 oder  
**3 Frankfurter**  
 zusammen  
**95**

**100 PROZENT mehr Verdienst durch drei Worte ständig originell auffallend nserieren**

**Handelsgeleitzbuch** mit sämtlichen Neben-gesetzen stattdlicher Leinenband von 318 Seiten . . . RM 2.85  
**Bürgerliches Geleitzbuch** mit Ergänzungsgesetzen stattdlicher Leinenband von 336 Seiten . . . MR 2.85  
**Volksfreund-Buchhandlung** Karlsruhe (Baden) Waldstraße 28 Fernruf 7020/21

**und 5% Rabatt**

**Pfannkuch**

**Pfannkuch**